



# Streichen und Kürzen

## DAS ENDE DER WOHNBEIHILFE

Seite 2-3



**Hände weg von  
der Wohnbeihilfe**

Bitte unterschreiben Sie! Seite 24



**KPO**

ZITIERT

„Ich bin 28 und meine Generation ist nach 1989 groß geworden. Wir fürchten uns nicht mehr vor dem Sozialismus, so wie unsere Eltern es im Kalten Krieg taten. Uns hat die Finanzkrise 2008 geprägt. Wir haben keine Angst vor Sozialismus, sondern vor der Wall Street.“ Sarah Leonhard, Unterstützerin von Bernie Sanders. Süddeutsche Zeitung, 7.10.2016

„Es ist ein Merkmal der sozialdemokratischen Linken, dass sie gesellschaftspolitisch fortschrittlich, im Bereich der Wirtschaft aber reaktionär agiert. Homoehe für die Bobos und Ein-Euro-Shops für eine kommende Sklavengeneration.“ Erwin Riess, Vorwahlherbst am Wörthersee. Junge Welt, 24. 9.2016



„Was unter Ceta und TTIP verhandelt wird, sind keine Freihandelsabkommen, sondern Knebel- und Konzernschutzverträge. Um Zölle geht es doch gar nicht. Natürlich bin ich dafür, dass man zwischen entwickelten Volkswirtschaften möglichst frei Handel treiben kann. Aber was ich auf gar keinen Fall will: dass Europa seine Umwelt- und Verbraucherschutzstandards dem amerikanischen Niveau anpasst und sein Vorsorgeprinzip aufgibt. Und dass Konzerne über eine Paralleljustiz Staaten verklagen können.“ Sahra Wagenknecht, FAS, 2.10.2016

„Vorstände von Dax-Unternehmen verdienen im Mittel 57-mal so viel wie die durchschnittlichen Beschäftigten in ihrer Firma.“ Nachdenkseiten, 7.10.16

Die EU „soll ausgerechnet über einen Militarisierungsschub wieder zu mehr Einigkeit finden. Die »gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik« ist auserkoren, die zentrifugalen Tendenzen zu bremsen und zum einigenden Band der zerbröselnden Staatengemeinschaft zu werden.“ sozialismus.de 12.10.16

# KPÖ gegen Crashkurs auf Koste

## KPÖ wehrt sich gegen soziale Demontage auf

Mit 1. September 2016 haben SPÖ und ÖVP die Wohnbeihilfe in der Steiermark abgeschafft. Sie wurde durch die viel schlechtere Wohnunterstützung ersetzt. Mit der neuen Regelung werden sich viele Leute ihre Wohnung nicht mehr leisten können: arbeitende Menschen, Familien, Studierende, Pensionistinnen und Pensionisten.

Familienbeihilfe und Unterhaltszahlungen werden nun als Einkommen gewertet. Das ist ein sozialpolitischer Tabubruch. Erstmals wird Geld, das für die Kinder gedacht ist, für die Berechnung der Unterstützung herangezogen. Neu ist auch, dass niemand eine Wohnunterstützung bekommt, dessen „Vermögen“ den Betrag von 4.189 Euro überschreitet.

KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler: „Viele Menschen haben einen Notgroschen angelegt oder für Geld für ihre Beerdigung beiseitegelegt. Sie werden nun bestraft. Das sind nur einige der neuen Verschlechterungen. Das ist entwürdigend. Bei den einfachen Menschen wird der letzte Hosensäckel durchleuchtet, während andere Millionen an Steuern

hinterziehen.“ KPÖ-LAbg. Werner Murgg: „Mit der neuen Wohnunterstützung begibt sich das Land auf einen sozialpolitischen Blindflug. Die KPÖ wird alles daran setzen, dieses verunglückte Gesetz zu Fall zu bringen.“

### Unterschriftenaktion

Die Unterschriftenaktion gegen die Abschaffung der Wohnbeihilfe haben bereits mehr als dreitausend Menschen unterzeichnet.

Das Land hat bei der Wohnbeihilfe bereits in der Vergangenheit

massiv gekürzt: 2009 betrug die Aufwendungen für die Wohnbeihilfe 73,4 Mio. Euro (für 34.616 Haushalte), 2014 nur noch 46,3 Mio. Euro (für 27.084 Haushalte). 2011 wurde der Anteil für Betriebskosten halbiert. Mit der neuen Wohnunterstützung werden noch weniger Haushalte eine Beihilfe bekommen, und diese wird in den meisten Fällen deutlich geringer ausfallen als bisher. Insgesamt wird das Land die Ausgaben bis Ende des nächsten Jahres gegenüber 2009 halbiert haben.



Über tausend Menschen protestierten in Graz gegen die neue Verschlechterung bei der Wohnbeihilfe.

# n der Bevölkerung

## Kosten der Bevölkerung

### Wohnen macht arm

1975: Miete öS 600.- Gehalt 4.000 öS also 15% für Miete  
2015: Miete Euro 600.- Gehalt 1.500 € also 40% für Miete



## MASSIVE KÜRZUNGEN

### Einige Beispiele, wie sich die Kürzung der Wohnbeihilfe auswirkt:

**Fall 1:** Eine berufstätige, alleinerziehende Mutter bezieht anstatt wie bisher 169,83 Euro künftig nur noch 14 Euro – die junge **Familie verliert also monatlich 155,83 Euro.**

**Fall 2:** Eine Mindestpensionistin (837,76 Euro Pension) erhielt bisher 111,05 Euro Beihilfe für ihre Wohnung. Nach der neuen Regelung erhält sie nur noch 43,10 Euro – **verliert also monatlich 67,95 Euro.**

**Fall 3:** Ein kinderloses Paar, die Frau berufstätig, der Mann arbeitslos, erhielt bisher 145,90 Euro Wohnbeihilfe. Die neue Beihilfe beträgt nur noch 17,77 Euro, **ein Minus von 128,13 Euro.**

**Fall 4:** Ein Ehepaar mit drei Kindern bezog bisher eine Wohnbeihilfe in der Höhe von 187,74 Euro. Künftig werden es nur noch 108,73 Euro sein, obwohl ein Elternteil AMS-Geld bezieht und der Alltag finanziell schon jetzt schwer zu bewältigen ist. Die **Familie verliert monatlich 79,01 Euro.**

### Wir fordern:

Rücknahme der „Wohnunterstützung“ und Rückkehr zur Wohnbeihilfe!

Keine Einberechnung der Familienbeihilfe ins Haushaltseinkommen!



## MEINUNG

KPÖ-LABg. Werner Murgg

## Brutaler geht es nicht mehr!



Anfang September wurde die bisherige Wohnbeihilfe abgeschafft und in eine „Wohnunterstützung“, die den Namen nicht verdient, umgewandelt. Was sich SPÖ und ÖVP hier am Rücken der Geringverdiener geleistet haben, geht wahrlich auf keine Kuhhaut.

Einige Beispiele: Eine Mindestpensionistin, die bisher 110 Euro bekommen hat, verliert monatlich 71 Euro. Die zuständige SPÖ-Landesrätin Doris Kampus soll einmal erklären, wo diese Mindestpensionistin sich finanziell weiter einschränken soll, um nicht eine Delogierung zu riskieren. Beim Essen? bei den Toilettartikeln? Eine Alleinerzieherin, die samt Familienbeihilfe auf 1.200 Euro kommt und bisher 117 Euro Beihilfe erhalten hat, bekommt jetzt nur mehr 73 Euro. 44 Euro monatlich weniger als bisher! Bei 1.200 Euro netto monatlich mit einem Kind tut das weh. Eine Doris Kampus freilich, mit zig Tausend Euro Gehalt, kann sich schwer in die Lage einer Alleinerzieherin hineindenken. Derartige traurige Beispiele könnte ich zuhauf bringen. Die neue „Wohnunterstützung“ schneidet ordentlich ins Fleisch. Es gibt noch eine weitere Verschärfung: Bisher mussten Bezieherinnen und Bezieher ihr Vermögen nicht

bekannt geben. Dabei sollte ohnehin klar sein, dass Menschen mit derart niedrigem Einkommen keine großen Vermögenswerte besitzen. Jetzt muss jegliches „Vermögen“, welches knapp 4.200 Euro übersteigt, verwertet werden, bevor man um eine Wohnunterstützung ansuchen kann.

Ein Pensionist, der für das Begräbnis Geld zurückgelegt haben, müssen den letzten Spargroschen auflösen, um eine Unterstützung zu bekommen.

SPÖ-Landeshauptmannstellvertreter Schickhofer begründet die Kürzungen mit zu viel an Unterstützung in Relation zum Erwerbseinkommen. Wo lebt der gute Mann? Ein Großteil der Wohnunterstützungsbezieher arbeitet ohnehin. Leider unfreiwillig oft nur Teilzeit. Deren Lohn oder Gehalt ist so gering, dass es sich hinten und vorne nicht ausgeht. Die KPÖ hat im Landtag gegen das neue Gesetz gestimmt und eine Großdemonstration dagegen organisiert. Derzeit sammeln wir Unterschriften, um dieses unsoziale Gesetz zu Fall zu bringen. Ein breiter Widerstand, ähnlich wie beim Pflegeregress, wird auch hier zum Erfolg führen!

**Werner Murgg**  
KPÖ-Landtagsabgeordneter  
Tel. 03842 / 22670

### Aus dem Inhalt

Wohnen macht arm.....4  
Landesbudet.....5  
Leitfaden für Petitionen an den Landtag.....6  
Kürzungen bei  
Mindestsicherung .....7  
Arbeit und Arbeitszeit ..... 8/9

Ist das die Bldungsreform.. 10  
Andenken Hildegard Burger 15  
Zum Kaiser-Todestag..... 17  
Die Herren der Erde ..... 19  
Anzeigen, Ankündigungen,  
Leserbriefe, Tierecke,  
Impressum .....21 - 23  
Unterschriftenliste ..... 24

# Wohnen darf nicht arm machen!

## KPÖ leistet Widerstand gegen Kürzungen

Die Umwandlung der Wohnbeihilfe in die so genannte Wohnunterstützung bringt für die große Mehrheit der Wohnbeihilfebezieher massive Kürzungen: Ein brutales Sparpaket von VP und SP auf dem Rücken von Menschen, die mit wenig Geld auskommen müssen. **Die KPÖ wird die Verschlechterung der Wohnbeihilfe nicht einfach hinnehmen.**



### Tausende Betroffene

Bei der Wohnunterstützung werden Familienbeihilfe und Unterhaltszahlungen als Einkommen gewertet. Das ist ein sozialpolitischer Tabubruch. Erstmals wird Geld, das für die Kinder gedacht ist, für die Berechnung der Unterstützung herangezogen. Neu ist auch, dass niemand eine Wohnunterstützung bekommt, dessen „Vermögen“ den Betrag von 4.189 Euro überschreitet.

„Viele Menschen haben einen Notgroschen für überraschende Ausgaben oder auch ihre Beerdigung beiseitegelegt. Sie werden nun bestraft. Das sind nur einige der neuen Verschlechterungen“, so die Grazer Vizebürgermeisterin und Woh-

nungsstadträtin **Elke Kahr:** „Das ist entwürdigend! Bei den einfachen Menschen wird der letzte Hosensäckel durchleuchtet, während andere Millionen an Steuern hinterziehen.“



**Wir fordern die Rücknahme der Verschlechterungen. Wir haben vor dem Landtag protestiert, eine Demonstration in Graz organisiert, waren in den Gemeinderäten, in denen wir vertreten sind, aktiv und haben eine Unterschriftensammlung für eine Petition an den Landtag gestartet.**

Auch die Abschaffung des Regresses war ein langer und zäher Kampf. Leistbares Wohnen ist ein Menschenrecht. Die Steiermark braucht Wohnungen, die sich die Menschen leisten können. Solange es keine billigen Wohnungen gibt, braucht es eine ausreichende Wohnbeihilfe. Dafür wollen wir uns einsetzen. Aber das kann nur gelingen, wenn viele Menschen bereit sind ebenfalls aktiv zu werden.

KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler: „Die KPÖ wird die Verschlechterung nicht einfach hinnehmen. **Von 2011 bis 2015 haben sich Mieten und Betriebskosten in Österreich um 15 Prozent verteuert.** Das ist EU-weit der höchste Wert. Das Angebot an erschwinglichen Wohnungen ist bei weitem nicht ausreichend. Die Wohnbeihilfe ist für viele die einzige Möglichkeit, ihre Wohnung bezahlen zu können. Mit den Kürzungen werden viele Menschen in ihrer Existenz bedroht.“

### Sagen Sie uns Ihre Meinung! Unter den Einsendungen verlosen wir kleine Buch- und Sachpreise

**Die Wohnkosten explodieren in Österreich.** In keinem anderen Land steigen die Preise für Mieten und Betriebskosten so stark an. Ist der soziale Wohnbau ein Ausweg?

- JA - Sozialer Wohnbau sorgt für leistbare Wohnungen, schafft Arbeitsplätze und sorgt dafür, dass sich die Mieten am freien Wohnungsmarkt abkühlen.
- NEIN - Das muss der freie Markt regeln. Die Mieten werden schon wieder sinken.

Gedanken und Anregungen:

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Informieren Sie mich kostenlos und unverbindlich zur Politik der steirischen KPÖ – Zusendung Volksstimme und Infoblatt-Landtag.

Name: \_\_\_\_\_

Adresse, E-Mail: \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_



An die  
**STEIRISCHE  
Volksstimme**

Claudia Klimt-Weithaler  
Landhaus, Herrngasse 16  
8010 Graz  
Fax: 0316 / 877 51 08  
E-Mail: kpoe-ltk@stmk.gv.at

### Wie es mit dem Zuschuss zum Wohnen bergab ging:

- Im Jahr 2006** bekam ein Mindestpensionist € 182 Wohnbeihilfe.
- Im Jahr 2014** bekam ein Mindestpensionist € 92 Wohnbeihilfe.
- Im Jahr 2015** wurden die Einkommensgrenzen, nachdem die KPÖ das Problem im Landtag wiederholt thematisiert hat, um 10 % angehoben. Das bedeutete: Im Jahr 2015 bekam ein Mindestpensionist € 116 Wohnbeihilfe.
- Im Jahr 2016** bekommt er nur mehr € 43 an Wohnunterstützung.

## Landesbudget: Kein Ausweg in Sicht

Die Landesregierung hat das Budget für das Jahr 2017 präsentiert: Mit der Politik des Kahlschlags und Sozialabbaus geht es schlimmer weiter als bisher.

Am 18. Oktober hat Finanzreferent LH-Stv. Schickhofer seine Rede dazu gehalten. Der Budgetbeschluss wird im Dezember erfolgen.

Es ist für die Regierung immer am einfachsten, dort zu kürzen, wo sich die Betroffenen am schlechtesten wehren können. Weil sie arbeitslos sind, weil sie angesichts der explodierenden Kosten um ihre Wohnung kämpfen müssen.

Weil sie nicht zu jenen gehören, die es sich schon irgendwie richten können.

Die Schulden werden nicht weniger, wenn zuerst bei den Menschen mit den kleinsten und dann bei jenen mit durchschnittlichen – der Unterschied wird ohnehin immer kleiner – Einkommen gekürzt wird. Denn je mehr Menschen arbeitslos sind oder von Mini-Jobs leben müssen, desto geringer fallen auch ihre Abgaben und Beiträge ins Sozialsystem ein. Es wird gespart und gekürzt – und trotzdem wachsen die Schulden weiter. Diesen Teufelskreis wird das Land Steiermark nicht durchbrechen, indem es diesen Weg, der sich als Irrweg erwiesen hat, stur weitergeht.



Auch 2017 gibt es kein Ende der rot-schwarzen Sparschweinpolitik.

## Die Bezüge der Landespolitiker brutto, 14 mal im Jahr

Landeshauptmann H. Schützenhöfer	16.501 Euro
LH Stv. Schickhofer	15.633 Euro
Landesräte	14.764 Euro
Erster Landtagspräsident	11.724 Euro
Landtagspräsident-Stellvertreter	7.382 Euro
Klubobleute	10.856 Euro
Landtagsabgeordnete	5.645 Euro

Für die meisten Landtagsabgeordneten ist dieser Bezug ein Zusatzeinkommen neben ihrer beruflichen Tätigkeit.

Die Abgeordneten der KPÖ haben kein zusätzliches Einkommen. Für sie gilt eine Einkommensobergrenze von 2.300 Euro, alles darüber hinaus wird in den KPÖ-Sozialfonds eingezahlt.

Kommentar LAbg. Claudia Klimt-Weithaler

**KPÖ** im Landtag

## Mehr Armut, mehr Schulden – und kein Ausweg in Sicht



Im Dezember wird der Landtag mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP ein neues Budget beschließen. Das meiste ist schon bekannt – und mit der radikalen Kürzung der Wohnbeihilfe haben wir schon einen Vorgesmack bekommen, was auf uns zukommt.

Es ist immer am einfachsten, dort zu kürzen, wo sich die Betroffenen am wenigsten wehren können. Weil sie arbeitslos sind, weil sie angesichts der explodierenden Kosten um ihre Wohnung kämpfen müssen. Weil sie nicht zu jenen gehören, die es sich schon irgendwie richten können.

Die Schulden werden nicht weniger, wenn zuerst bei den Menschen mit den kleinsten und dann bei jenen mit durchschnittlichen Einkommen gekürzt wird. Je mehr Menschen arbeitslos sind oder von schlecht bezahlten

Jobs leben müssen, desto geringer fallen auch ihre Abgaben und Beiträge ins Sozialsystem aus. Es wird gespart und gekürzt – und trotzdem wachsen die Schulden weiter.

Fast 70 % der öffentlichen Haushalte werden aus Massensteuern finanziert. Würden Gewinne und Kapital so besteuert wie Löhne, Gehälter und Umsatz, wären die Probleme viel leichter lösbar. Aber dazu fehlt der Politik der Mut – im Bund wie im Land. Da kürzen Schützenhöfer und Co. lieber bei denen, die schon jetzt nicht viel haben. Das darf so nicht weitergehen. Solange die „Kleinen“ die Hauptlast tragen müssen, obwohl ihre Kaufkraft seit Jahren nicht mehr steigt, wird es keinen Ausweg aus diesem Dilemma geben. Egal, wieviel noch gespart und gekürzt wird.

LAbg. Claudia Klimt-Weithaler  
Tel. 0316 / 877 5104  
ltk-kpoe@stmk.gv.at

Der italienische Ökonom Fabrizio Lazzarato schreibt, dass Schulden sowohl auf der Ebene der Staaten als auch der Individuen das geeignetste Mittel zur Disziplinierung sind. Wir haben alle Schulden, deshalb kann man uns kontrollieren. Ich glaube nicht, dass die Mächtigen tatsächlich ihr Geld zurückbekommen wollen. Sie wollen vielmehr, dass wir verschuldet bleiben, so wird unser Schuldgefühl perpetuiert. Slavoj Žižek im profil.

KLEIN, aber MIT BISS



Die Wohnbeihilfe wird gekürzt. Ich glaub: Das soziale Gewissen ist beim Land in den Winterschlaf gegangen.

# Leitfaden für Petitionen an den Landtag

Die Demokratie ist für alle Menschen da, nicht nur für Politiker. KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler ist seit Juli 2015 Vorsitzende des Petitionsausschusses im steirischen Landtag. Sie bemüht sich den Anliegen der Steirerinnen und Steirer im Landtag Gehör zu verschaffen.



Die KPÖ-Abgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Werner Murgg unterstützen Sie, wenn es darum geht, Ihrem Anliegen Gehör zu verschaffen.

Ein Anliegen in den Landtag einzubringen: Das ist gar nicht so schwer. Das geeignete Mittel ist die Petition. Damit eine Petition eingebracht und nicht aus formalen Gründen abgelehnt werden kann, müssen einige Regeln beachtet werden, die wir im folgenden Leitfaden zusammengefasst haben:

## Leitfaden für Petitionen

Jeder Steirer/jede Steirerin hat das Recht, Eingaben bzw. Petitionen das Land zu richten.

Die Eingabe muss ein Begehren oder eine Anregung „allgemeiner Art“ zum Gegenstand haben, damit die Petition behandelt werden kann (darf also nicht individuelle Verwaltungsakte betreffen).

**Eine Petition kann sowohl an die Landesregierung als auch an den Landtag gerichtet werden.**

Eine Petition an den Landtag zu richten kann in vielen Fällen sinn-

voller sein, besonders in solchen, in denen Publizität erwünscht oder eine Gesetzesänderung nötig ist.

Auch wenn diese Petition von vielen Menschen mit ihrer Unterschrift unterstützt wird, kann es besser sein, die Petition an den Landtag zu richten.

Eine Petition an die Landesregierung wird von dieser selbst bearbeitet und der Landtag nur im folgenden Jahr in einem Gesamt-Jahresbericht informiert.

Geht die Petition aber an den Landtag, wird sie im Petitionsausschuss behandelt. Wird die Petition zudem von mehr als 100 Personen unterstützt („qualifizierte Petition“), dann ist die Einladung

des Erstunterzeichners in den Petitionsausschuss vorgesehen. Hier kann die Petition den Abgeordneten und Regierungsvertretern nochmals persönlich vorgestellt und auf eine allfällige Stellungnahme der Landesregierung reagiert werden.

### Wichtig ist, dass die Unterschriftenliste

- Vor- und Nachnamen,
- Geburtsdatum,
- Adresse des Wohnsitzes in der Steiermark und
- die eigenhändige Unterschrift der Petitionswerber/innen enthält, damit der Geschäftsordnung des Landtages entsprechend eine Einladung in den Petitionsausschuss erfolgen kann!

**Petitionen an den Landtag Steiermark sind an folgende Adresse zu richten:**

Direktion Landtag Steiermark  
Herrengasse 16  
8010 Graz-Landhaus  
Tel. +43 316 877-6309  
Fax +43 316 877-2198  
E-Mail:  
direktion@landtag.steiermark.at  
[www.landtag.steiermark.at/](http://www.landtag.steiermark.at/)

Jede Petition, die im Landtag behandelt wird, wird beantwortet – allerdings erfahren die Petitions werber nicht das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten im Ausschuss.

Eine etwaige Einladung des Erstunterzeichners in den Petitionsausschuss erfolgt durch die Landtagsdirektion, die auch alle nötigen Informationen zum Termin gibt. Grundsätzlich gilt, dass die Redezeit auf maximal 10 Minuten beschränkt ist. Die Nutzung von Präsentationsmedien ist nicht zulässig, es darf aber eine Tischvorlage mitgebracht werden.



## BEISPIELE FÜR ERFOLGREICHE PETITIONEN

- Pflegeregress wurde wieder abgeschafft (2014).
- Kinderkardiologie wurde nicht abgesiedelt (2015/16).
- Die sündteuren, übertriebenen Brandschutzanlagen in Hochhäusern, die viele Bewohner ruiniert hätten, wurden fast komplett zurückgenommen.

Der Pflege-Regress musste aufgrund einer Petition der KPÖ wieder abgeschafft werden

## Mindestsicherung

Maßnahmen gegen Arbeitslose und Familien,  
Kürzungen bei Kindern

Die FPÖ möchte bei den Menschen mit den geringsten Einkommen, den Mindestsicherungsbeziehern, kürzen: SPÖ und ÖVP buhlen um ihren künftigen Koalitionspartner und streichen, wo es nur geht.

Seit 1. September gibt es in der Steiermark bei der Mindestsicherung zahlreiche Verschärfungen. Die Neuregelung ist nichts anderes als ein Sparpaket auf dem Rücken von Menschen, die schon jetzt mit sehr wenig Geld auskommen müssen.

Waren alle, die Mindestsicherung beziehen, schon bisher gesetzlich verpflichtet, aktiv Arbeit zu suchen, gelten nun sehr viel strengere Regeln. Schon bei geringen Beanstandungen wie etwa einem versäumten Termin können ohne Vorwarnung 25% der Leistungen gestrichen werden. Danach kann die Unterstützung auf ein Viertel

des ursprünglichen Betrages absinken. Bei Obdachlosen ist sogar eine Kürzung auf null Euro möglich.

Gekürzt wird auch bei Kindern und Jugendlichen. Erhielten diese als Mindestsicherung monatlich bisher 159,17 Euro, sinkt der Betrag nun auf 150,80 Euro.

KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler: „Die Steirerinnen und Steirer mit den kleinsten Einkommen sollen die großen Budgetprobleme lösen. In Zeiten der höchsten Arbeitslosigkeit seit Jahrzehnten wäre die Regierung besser beraten, in Arbeitsplätze zu investieren statt neue Hürden für Arbeitslose aufzustellen.“

### Ursula Stenzel, FPÖ: 8600 Euro sind „Peanuts“

Kronen Zeitung Es gibt auch den Vorschlag, Ihr Gehalt einzusparen und auf die nicht amtsführenden Stadträte zu verzichten.

**Ursula Stenzel:** Unsere Gehälter sind nur Peanuts! Der Regierung steht das Wasser bis zum Hals, weil sie nicht bei der Mindestsicherung ansetzen will. Dass sie jetzt 100 Millionen Euro auf Kosten der Beamten oder der Bezirke sparen will, zeigt nur ihr massives Versagen.



Menschen mit Behinderungen werden von den Einsparungen besonders hart getroffen.



## Dämme können brechen

### Kürzungen – nur für die anderen?

Die Aufwendungen des Landes für Sozialhilfe und Mindestsicherung steigen rasch an.

**B**ei der Suche nach den Ursachen weist man schnell auf die Fremden hin. Das Sozialbudget wird aber vor allem durch die gestiegenen Arbeitslosenzahlen und durch die ungelösten sozialen Probleme in unserer

Gesellschaft belastet. Die Arbeitslosigkeit ist so hoch wie noch nie, seit Österreich EU-Mitglied ist. Eine Änderung ist nicht in Sicht.

Jene Kräfte, die bedenkenlos viele Millionen Euro für Events

und Prestigeprojekte ausgeben, treten massiv für Kürzungen bei den Sozialleistungen ein. Zuerst soll es die Ausländer treffen, danach wird aber auch die Allgemeinheit drankommen. Die Änderungen bei der Wohnbeihilfe sind ein Vorgeschmack auf das, was bevorsteht.

Fast niemand redet darüber, dass unsere Gesellschaftsordnung auf der einen Seite protzigen Reichtum und auf der anderen Seite Armut erzeugt. Sozialleistungen sollen diesen krassen Unterschied abfedern. Weil die Kräfte, die an der Macht sind, nichts von ihrem Reichtum abgeben wollen, wird die Finanzierung dieser Sozialleistungen immer schwieriger.

Es ist kein Ausweg, einen Damm zu errichten und das Sozialsystem ausschließlich auf „unsere Leute“ zu begrenzen. Viele Menschen glauben, dass sie ungeschoren davonkommen, wenn es Kürzungen nur für die anderen gibt. Dämme können aber brechen.

Franz St. Parteder

SERVICE der KPÖ: Rechnen Sie Ihre Ansprüche nach!

INFO TEL. 0316 / 877 5102

# Beratung und Hilfe. Rufen Sie uns an!

**KPÖ**

**Geben statt nehmen**  
Claudia Klimt-Weithaler



**MEINUNG**



Von Gemein-  
derat Kurt  
Luttenber-  
ger, Arbeiter-  
kammerrat  
des GLB

## Verteilungs- gerechtigkeit

Momentan liegt die Arbeitslosenzahl in Österreich deutlich über 400.000 – zuzüglich 70.000 Personen in Schulungsmaßnahmen.

In den Betrieben müssen immer weniger Beschäftigte immer mehr leisten. Ausgeklügelte Flexibilisierungsmodelle, wie z.B. All-In-Verträge, wo immer mehr Arbeit unbezahlt verrichtet wird, erhöhen den Druck auf die Beschäftigten.

Hinzu kommen billige Teilzeitbeschäftigungen, die dem Staat kaum Einnahmen bringen. Die Schulden von Bund, Ländern und Gemeinden steigen.

Vor dem Hintergrund steigen der Arbeitslosigkeit und sinkender Steuereinnahmen fallen den Politikern nur Lösungen wie Sozialabbau, Pensionsreformen und Kürzungen bei der Mindestsicherung ein.

Während die Lohnquote, also der Anteil der Löhne am Volkseinkommen, sinkt (von 74 % im Jahr 1995 auf unter 70 % 2014), steigen Unternehmens- und Vermögenserträge und damit Anzahl und Vermögen der Millionäre. Die gestiegene Arbeitsproduktivität wird nicht an die Beschäftigten weitergeben.

Vermögenszuwächse aber werden kaum besteuert. Allein mit dem Vermögen eines Dietrich Mateschitz von 12,16 Mrd. Euro könnte man mehr als 1,2 Millionen (1.200.000) Österreichern ein Jahr lang die Mindestsicherung bezahlen.

Ihr Kurt Luttenberger

## Ein Leben für die Firma – Zurück in den 12-Studententag?



Die Katze ist aus dem Sack! Ein Entwurf der Teilgewerkschaft PRO-GE zur Flexibilisierung der Arbeitszeit liegt vor, ein sogenanntes Zeitkontenmodell. Darin sind unter anderen folgende Möglichkeiten vorgesehen:

- Verlängerung des Arbeitstages,
- Minuszeiten bis zu 120 Stunden,
- Entfall der Zeit-Zuschläge bis zur 60. Stunde im Monat, dafür bei mehr als 60 bis zu 100 Stunden 10 % Zuschlag,
- Verkomplizieren der Aufzeichnung von Plus- und Minusstunden auf drei verschiedenen Zeitkonten.

Die Zustimmung überträgt die PRO-GE den Betriebsrätinnen und Betriebsräten.

Ich meine: Die von Generationen erkämpften gewerkschaftlichen Errungenschaften gehen langsam den Bach runter.

**KPÖ-GLB Arbeiterkammerrat Gerhard Simbürger**

## Arbeiten Sie mit!

Der Gewerkschaftliche Linksblock ist die KPÖ-nahe Gewerkschafts- und Arbeiterkammerfraktion. Er setzt sich auf allen Ebenen gegen Verschlechterungen ein. Wir gehen keine faulen Kompromisse ein und spielen nicht die Handlanger für die Regierungsparteien. Um gegen Ungerechtigkeiten und Verschlechterungen in den Betrieben ankämpfen zu können, suchen wir Menschen, die bereit sind, sich bei uns zu engagieren.

**Kontakt Daten: Tel. 0677/ 612 538 99  
oder E-Mail: glb@glb-steiermark.at**

### Arbeit schaffen in Zeiten der Krise



Die Broschüre „Arbeit schaffen in Zeiten der Krise“ enthält das aktuelle Arbeitsbeschaffungsprogramm des GLB-KPÖ Steiermark. Sie kann unter untenstehender Telefonnummer bzw. E-Mail kostenlos angefordert werden.

Beratung in Fragen von  
**ARBEIT und BERUF**

# GLB-KPÖ

Rufen Sie an!

**0677 / 612 538 99**

E-Mail: [glb@glb-steiermark.at](mailto:glb@glb-steiermark.at) • <http://www.glb-steiermark.at>



## Die „billige“ Internet-Druckerei

*Wie ist es möglich, dass eine Internet Druckerei lokale Druckereien unterbieten kann?*

Diese Druckereien gehören großen multinationalen Konzernen. Eine bis vor kurzem österreichische Internet-Druckerei gehört jetzt gehört dem börsennotierten holländischen Druckkonzern Cimpres (früher Vistaprint).

Die deutschen Internetdrucker arbeiten zum großen Teil mit billigsten Hilfskräften aus Osteuropa.

Das funktioniert so, dass z.B. Falzmaschinen von einem Facharbeiter auf eine einzige Falzart eingestellt sind und diese auch nicht geändert wird. So hat jede Falzmaschine ihre Falzart und wird dann nur mehr von Hilfskräften (kein Druckerei-Kollektivvertrag) bedient. Der Falzmaschinenpark wird zum Großteil von Tochterfirmen in Osteuropa mit EU-Förderung gekauft und dann ans deutsche Mutterhaus vermietet (Steuervorteil in Osteuropa).

Warum wird nicht gleich in Osteuropa produziert? Hier braucht man die Nähe zum Markt, und der ist in Zentraleuropa (DE, BeNeLux und AUT).

Das ist ein Teil des „freien Handels“, der den lokalen oder regionalen Markt und Anbieter kaputt macht!

# Flexible Arbeit ist sichere Ausbeutung!

Unter dem Titel „Flexible Arbeit ist sichere Arbeit“ versucht die Wirtschaftskammer die Ausdehnung der täglichen Normalarbeitszeit, der täglichen Höchstarbeitszeit und die Aushebelung der Kollektivverträge in Arbeitszeitfragen voranzubringen.

Länger arbeiten, wenn viel los ist und mehr Freizeit, wenn es ruhiger im Betrieb ist. Im Klartext: arbeiten wann es das Unternehmen wünscht. So weit so verständlich, die Wirtschaftskammer ist die Interessensvertretung der Unternehmen und nicht der Arbeitnehmer.

Absurd wird das Ganze dann, wenn man den arbeitenden Menschen einzureden versucht, das sei auch noch gut für sie. Erklärt uns der Werbespot der Wirtschaftskammer doch glatt, dass dies eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie bringen wird.

## Wie lange dauert ein Arbeitstag?

Was sind nun die konkreten Forderungen der Kampagne? Zunächst soll die tägliche Normalarbeitszeit, die derzeit acht Stunden beträgt, auf grundsätzlich zehn Stunden ausgeweitet werden. Die Höchstarbeitszeit soll in Zukunft in weit mehr Fällen bei 12 Stunden täglich liegen. Die Wirtschaftskammer nennt Beschäftigte, die eine Gleitzeitvereinbarung haben und jene, die einen Arbeitsplatz mit nur geringer Belastung haben. Was „geringe Belastung“ bedeutet, definieren die Interessensvertreter des Kapitals nicht.

Um die Arbeitnehmer zu schwächen und die Forderungen durchzusetzen, sollen die Kollektivverträge in der Frage der Arbeitszeit per



Gesetz ausgehebelt werden. Unternehmen sollen ermächtigt werden, die Arbeitszeitmodelle direkt auf betrieblicher Ebene umzusetzen. Womit eine Spirale nach unten in Gang gesetzt wird.

Wozu das Ganze? Schon jetzt darf länger als acht Stunden gearbeitet werden. Schon jetzt gibt es Kollektivverträge, die Zeitkontenmodelle und Durchrechnungszeiträume vorsehen. Anscheinend ist das der Wirtschaftskammer noch immer zu wenig.

## Abschied von den Überstunden

Wenn Durchrechnungszeiträume mehrere Jahre betragen und zehn Stunden tägliche Arbeit zur

Norm werden, dann darf sich jeder von seinen Überstundenzuschlägen verabschieden.

Wie lange darf ein Arbeitstag dann insgesamt dauern? Nun ja zu den Zwölf Stunden reine Arbeitszeit kommt noch einmal eine halbe Stunde verpflichtende Pause und die Wegzeit zum Arbeitsplatz. Derzeit gilt bei Vollzeitstellen eine Wegzeit von zwei Stunden täglich als zumutbar. Sind wir also bei 14,5 Stunden, mit umkleiden, duschen etc. bei ca. 15 Stunden. Derzeit, denn parallel zu dieser Wirtschaftskammerkampagne fordert die ÖVP ja auch eine Ausdehnung der zumutbaren Wegzeiten.

Wer dann noch den Wunsch hat zu schlafen, der kann sich ausrechnen, wie viel Zeit ihm noch für die Familie bleibt, wenn für die Arbeit 15 Stunden draufgegangen sind. Da nutzt es auch nichts wenn, dafür ein paar Monate später vielleicht nur drei oder vier Stunden am Tag gearbeitet werden muss. Familienleben kann nicht so einfach auf Standby geschaltet und bei Bedarf wieder aktiviert werden.

Die GLB-KPÖ-Fraktion wird in der Vollversammlung der steirischen Arbeiterkammer einen Antrag zum Thema Arbeitszeit einbringen. Es bleibt zu hoffen, dass alle Fraktionen diesem Antrag zustimmen und sich die AK Steiermark gegen die unmenschlichen Forderungen der Wirtschaftskammer stellt.



## MEINUNG

Von Hilde Tragler,  
Arbeiterkammer-  
merrätin des  
GLB



## Gedanken zur flexiblen Arbeit

Nimmt man die derzeitige Werbekampagne der Wirtschaftskammer ernst, so schaut es aus als hätte es bisher keine flexiblen Arbeitszeiten gegeben. In Wirklichkeit gibt es in allen Kollektivverträgen seit Jahren verschiedene Zeitmodelle, bei den Metallern beispielsweise seit Jahren ein Bandbreitenmodell. Und zuletzt wurde ein Zeitkontenmodell auf KV-Ebene ausverhandelt.

Aber wie man sieht, ist das der Wirtschaft nicht genug. Trotz der vielgelobten Sozialpartnerschaft will man die Kollektivverträge auch noch ausschalten und die Entscheidungen in die Betriebe verlagern. Das schaut dann so aus, dass die komplette Arbeitseinteilung über die betrieblichen Planungsstellen organisiert wird und die Beschäftigten das Unternehmensrisiko voll und ganz übernehmen müssen. Der größte Betrug an der ganzen Sache ist, dass man uns das Ganze auch noch als Vorteil für die Arbeitnehmer verkaufen will. Das Arbeitszeitgesetz ist entstanden als die Arbeiter und Angestellten völlig den Planungen der Unternehmen ausgeliefert waren. Wollen wir dahin zurück?

fragt Ihre  
Hilde Tragler

**Unser Leben  
ist mehr wert  
als eure  
Profite**

# Kindergärten: Land blockiert Verbesserungen

KPÖ setzt sich für bessere Arbeitsbedingungen in steirischen Kinderbetreuungseinrichtungen ein

Obwohl SPÖ und ÖVP seit Jahren beteuern, sich für Verbesserungen bei der Berufsgruppe der Elementarpädagoginnen einzusetzen, wurden alle dem Landtag vorliegenden Maßnahmen blockiert. Verbesserungsvorschläge der KPÖ wurden niedergestimmt.

KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler machte im Landtag deutlich, wo in steirischen Kinderbetreuungseinrichtungen Verbesserungs- und Nachholbedarf herrscht. So werden viele Pädagoginnen über Kettendienstverträge angestellt, obwohl die entsprechenden Einrichtungen vom Land gefördert werden. Der Betreuungsschlüssel müsste dringend verbessert werden. Auch die Grup-

pengröße in Kinderbetreuungseinrichtungen entspricht nicht mehr zeitgemäßen Standards. Überfällig ist darüber hinaus die verpflichtende Freistellung von Leiterinnen ab der dritten (50 %) bzw. der vierten Gruppe (100 %).

In nicht wenigen Gemeinden ist es üblich geworden, Betreuungspersonal in Kinderkrippen und Kindergärten über viele Jahre immer wieder nur für ein Schuljahr befristet anzustellen. Diese Kettendienstverträge haben große arbeits- und pensionsrechtliche Nachteile und sind zudem nicht zulässig.

Ein wesentliches Defizit herrscht auch bei der Gruppengröße in Kinderbetreuungseinrichtungen. Je jünger die Kinder sind, desto geringer sollte die Zahl an Kindern je Betreuungsperson sein. Für Kinder unter drei Jahren wird ein Verhältnis von 1:3 bis 1:3,5 (Be-

treuerInnen pro Kind) als optimal bewertet. Für drei- bis unter Sechsjährige erhöht sich dieses Zahlenverhältnis für Halbtagskinder auf einen Schlüssel von 1:10 bis 1:12,5 und für Ganztagskinder auf 1:7,5.

Die KPÖ legte diesbezüglich eine Reihe vor Verbesserungsvorschlägen vor. Alle Punkte wurden von den Großparteien niedergestimmt.



# NEUTRALITÄT: Wichtig für unsere Zukunft



Ganz im Zeichen der österreichischen Neutralität stand die traditionelle Nationalfeiertagsveranstaltung der steirischen KPÖ, die 2016 in Eisenerz stattfand.

Die Eisenerzer KPÖ-Vizebürgermeisterin Anna Skender konnte Gäste aus der ganzen Steiermark begrüßen, darunter die KPÖ-Landtagsabgeordneten Klimt-Weithaler und Murgg sowie die Grazer Vizebürgermeisterin Elke Kahr. In ihren einleitenden Worten stellte sie Eisenerz vor und zeigte die Probleme der Bergstadt mit folgendem Vergleich auf: Im Jahr 1961 waren am Erzberg etwa 5000 Menschen beschäftigt, heute sind es nur mehr 200, die aber mehr Erz fördern als vor 55 Jahren.

David Stockinger, Vorstandsmitglied der Solidarwerkstatt und Initiative Sozialdemokraten gegen das Berufs-

heer, betonte in seiner Festrede, dass die Neutralität von der Regierung im Rahmen der EU nicht mehr gelebt wird, aber weiter Teil unserer Verfassung ist: *„Wir müssen die Neutralität wiederbeleben und gegen alle Tendenzen kämpfen, um die Neutralität aus der Verfassung zu streichen. Neutralität ist nämlich das einzige realistische Zukunftskonzept in einer unsicheren Welt. Dieses Eintreten erfordert Mut, Kreativität und ein Bewusstsein für die Gefahren.“*

In ihrem **Aufruf zum Nationalfeiertag** fordert die KPÖ u.a. eine aktive Neutralitätspolitik, die

- \* eine friedensstiftende Außen- und Sicherheitspolitik,
- \* die Durchsetzung fairer internationaler Handelsbeziehungen statt neoliberaler Freihandelsabkommen zum Inhalt hat.

Für Unterhaltung sorgte die Zwiegrabler Musi.

# LKH Voitsberg: Scheibchenweise demontiert

Seit Jahren wird das LKH Voitsberg Schritt für Schritt „verkleinert“. Jetzt folgt der nächste Schlag gegen die Gesundheitsversorgung im Bezirk Voitsberg.

Still und heimlich haben die damaligen „Reformpartner“ aus SPÖ und ÖVP im Jahr 2013 die Schließung der Geburtsstation am LKH Voitsberg abgesegnet. Mehr als 13.000 Stimmen eines Bezirksvolksbegehrens wurden ignoriert. Nicht einmal der Landtag wurde mit den Anliegen der Bevölkerung befasst, die Regierungsparteien machten sich alles hinter verschlossenen Türen aus.

Schon 2012 erfolgte eine äußerst unvernünftige „Sparmaßnahme“ im LKH. Damals wurde die Küche geschlossen. Seit April 2012 wird das Krankenhaus von der Küche der LSF in Graz im Rahmen eines „Cook&Chill“-Konzepts mitversorgt. Das kostete Arbeitsplätze vor Ort und ist aufgrund der Transportwege und des Energiebedarfs der Tiefkühlung und das spätere Aufheizen schlecht für die Umwelt.

Zurück ins Jahr 2013: Damals kämpften Tausende im Bezirk gegen die Schließung der Geburtsstation, die zu den modernsten und angesehensten Österreichs zählte. Auch die KPÖ unterstützte die Proteste nach Kräften. Der Standort Voitsberg war sinnvoll, da



foto: © kages, LKH Voitsberg

der Weg zu den nächsten Krankenhäusern für viele Frauen im Bezirk sehr weit ist.

Wie befürchtet war das aber nur eine von mehreren geplanten Maßnahmen gegen das LKH Voitsberg. Bekanntlich will Gesundheitslandesrat mittelfristig jedes zweite Spital in der Steiermark zusperren bzw. mit einem anderen Spital zusammenlegen. Auch wenn noch nicht sämtliche Details bekannt gemacht wurden, wird schon seit einem Jahr Stimmung für die Schließung der Chirurgie gemacht. Nun steht fest, dass am Standort Voitsberg neben der Geri-

atrie nur die Interne Abteilung und eine 24-Stunden-Notfallversorgung überbleiben werden.

Man kann nur Vermutungen darüber anstellen, welcher Druck auf die Verantwortlichen ausgeübt wurde. Kritik an der scheibchenweisen Demontage der steirischen Spitäler traut sich offenbar kaum noch jemand zu äußern. Zu groß ist die Angst, dass bei zu lauter Kritik gleich der ganze Standort zuge-sperrt wird. Dafür wird angeblich jede Maßnahme „evaluiert“ – mit anderen Worten: eine (nicht billige) Beratungsfirma prüft im Auftrag der KAGes oder des Landesrates

die Schließungen und kommt zum Schluss, dass diese sinnvoll, unvermeidlich oder sogar ein großer medizinischer Fortschritt war. Auf der Strecke bleiben dabei lebensnotwendige Infrastruktur, Arbeitsplätze und Zukunftsperspektiven in unserer Region.

## Bürozeiten der KPÖ Voitsberg:



Jeden Donnerstag von 9 bis 12 Uhr: im Büro der KPÖ Voitsberg, C.v. Hötzen-

dorfstraße 29, zwischen Spar und LKH  
Tel. 03142/22 421  
Kerstin Sterf, Bezirkssekretärin  
kerstin.sterf@kpoe-steiermark.at

## Wohnkosten steigen überdurchschnittlich

Die „kalten“ Wohnkosten – sprich ohne Betriebs- oder Nebenkosten – machen in Österreich 34 Prozent des Nettoeinkommens aus. 2015 lagen die Ausgaben

für Wohnen noch bei 29 Prozent der Einkommen.

Wobei auch da wieder große Unterschiede zwischen Ost und West

bestehen: Im Burgenland zahlt man heuer durchschnittlich 19 Prozent seines Einkommens fürs Wohnen, in Tirol 43 Prozent.

# 8.000 Unterschriften gegen Maklerprovision

7.871 Menschen haben die Parlamentarische Bürgerinitiative mit der Forderung „Weg mit der Maklerprovision für Mieterinnen und Mieter“ mit ihrer Unterschrift unterstützt. Die Grazer Vizebürgermeisterin Elke Kahr hat diese nun an Nationalratspräsidentin Doris Bures übergeben.

Seit Jahren zählt Wohnen zu den Spitzenreitern bei der Teuerung. Allein die Wohnungseinstiegskosten machen in Österreich etwa so viel aus wie die Miete für ein halbes Jahr. Ein Grund dafür sind die Maklerprovisionen (derzeit zwei Bruttomonatsmieten ab drei Jahren).



„Wohnungssuchende, vor allem junge Familien, müssen oft tief in die Tasche greifen“, so Kahr. „Wir wollen daher, dass Maklerprovisionen künftig vom Vermieter eingehoben werden.“

In anderen europäischen Ländern ist das längst so. Seit 2015 muss auch in Deutschland der Vermieter die Provision zahlen.

Jetzt sind ÖVP und SPÖ im Bund am Zug.

Online kann das Anliegen kann noch bis Jahresende auf der Homepage des Parlaments unterstützt werden.



Unterschriften-Übergabe in Wien: (Von links nach rechts) Manfred Eber (KPÖ), Nationalratspräsidentin Doris Bures, Vizebürgermeisterin Elke Kahr (KPÖ))

## Spitalsreform: Standort Deutschlandsberg vorerst gesichert – zu welchem Preis?

Das LKH Deutschlandsberg ist vorerst von der aktuellen Schließungspolitik des Landes nicht betroffen. Mit 1. Jänner 2017 wandert die Chirurgie aus dem LKH Voitsberg nach Deutschlandsberg. Niemand darf aber glauben, dass irgendeine Gesundheitseinrichtung vom Sparkurs des Landes verschont bleibt.

Landeshauptmannstellvertreter Schickhofer hat sich sogar zur Aussage hinreißen lassen, dass künftig Ambulanzen durch Hubschrauber ersetzt würden.

Es wird immer klarer: Bei der Gesundheitsreform in der Steiermark geht es in erster Linie nicht um das Wohl der Patienten sondern

um Einsparungen und Kürzungen. Die Halbierung der Standorte bedeutet auch lange Anfahrtswege für Bedienstete, Patienten und deren Angehörige. Und sie bedeutet eine weitere Ausdünnung von Regionen.

KPÖ-LABg. Claudia Klimt-Weithaler: „Es gibt bereits jetzt Versorgungsengpässe. Das Personal ist an der Belastungsgrenze angelangt. Zu befürchten ist, dass uns Sparpakete als Qualitätsverbesserung verkauft werden sollen. Die KPÖ stellt sich nicht gegen sinnvolle Reformen im Gesundheitswesen. Ziel muss eine lückenlose und hochwertige Gesundheitsversorgung sein, unabhängig von Wohnort und Einkommen.“



Schöne, neue Gesundheitsversorgung: Der Telefonarzt ist schon angekündigt. Kommt nächstens die Medizindrohne? Die Ambulanzdrohne der Firma „urban aeronautics“ (Foto) ist bereits in der Testphase.

## BANKOMATGEBÜHREN: KUNDEN SOLLEN BANKEN RETTEN?



Es war kein Zufall, dass gerade zu Ferienbeginn eine Firma Bankomatgebühren eingeführt hat. Die Menschen sollten vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Vizebürgermeisterin Elke Kahr: „Schon jetzt geht auf keine Kuhhaut, wie viel die Bankkunden an Zusatzgebühren zahlen müssen. Gleichzeitig gibt es kaum mehr Zinsen für Erspartes. Die Überziehungszinsen auf Girokonten je-

doch sind noch immer zweistellig. Unsere Haltung ist klar: Es braucht eine gesetzliche Regelung, die Bankomatgebühren in Österreich verbietet.“ Die KPÖ fordert:

- Verbot von Bankomatgebühren
- Gesetzliche Begrenzung von Kontogebühren.
- Begrenzung der Überziehungszinsen auf 5 Prozent über dem Leitzins der EU-Zentralbank.

## Franziskus Tierheim

Franziskusweg 1, 8582 Rosental an der Kainach  
Tel. 0680 20 66 057

**SPAZIERGEHER SONNTAG:** Auch sonntags ist es möglich, mit unseren Schützlingen spazieren zu gehen. Jeden Sonntag von 10-12 Uhr.



## Wollen auch Sie helfen?

Für 2017 hat das Bezirkstierheim Franziskus bereits mehrere Projekte geplant:

- \* Fertigstellung der Außengehege für die Hunde
- \* Errichtung einer Hundequarantäne
- \* Ausbau der Katzenquarantäne und Vergrößerung der Katzenaußengehege
- \* Bau eines neuen Verwaltungstraktes und von Lagermöglichkeiten

Das Bezirkstierheim Franziskus ist auf jede mögliche Hilfe (auch handwerkliche) und finanzielle Unterstützung angewiesen und veranstaltet deshalb auch wieder eine Weihnachtscharity.

## Franziskus-Weihnachtscharity

4. Dezember 2016 • von 10:00 – 17:00 Uhr  
(Hauptstraße 1, 8582 Rosental)



cc flickt notfellchen



## MEINUNG

Kerstin Sterf,  
KPÖ-Gemeinderätin Köflach

## Der Hilferuf aus dem Tierheim



Vor einiger Zeit erhielt ich einen Hilferuf vom Bezirkstierheim Franziskus: „Heuer gibt es einen enormen Zuwachs an Katzen, derzeit haben wir über hundert! Die Futtermittel sind knapp und jetzt macht auch noch der Drucker Faxen“. Ich habe Nina Maria Mocnik und ihr Team besucht. Mit im Gepäck hatte ich einen neuen Drucker. Ein Gerät, das „alle Stücke spielt“ mit extra sparsamem Verbrauch. Damit kann der enorme bürokratische Aufwand nicht nur schnell, sondern auch umweltfreundlich und sparsam erledigt werden. Das Team hat sich über dieses Geschenk sehr gefreut und ich mich auch darüber, dass ich helfen konnte!

Bei meinem Besuch erzählte man mir nicht nur von der tagtäglichen Arbeit im Tierheim, sondern auch von den schwierigen Rahmenbedingungen und den kleinen und größeren Problemen.

Derzeit werden 137 Tiere im Bezirkstierheim Franziskus betreut. Allein 200 Katzenkisterl werden täglich gereinigt. Daneben fallen Tierarztbesuche, die Versorgung und Pflege kranker Tiere und Vermittlungsgespräche an. Tierschutzrelevante Arbeit

wie Besuche im Altenheim, die Organisation diverser Veranstaltungen und die Arbeit mit den Hunden gehören zum Tagesgeschäft.

Vieles davon muss ehrenamtlich erledigt werden, da das Geld für Personal einfach nicht vorhanden ist.

Ein wichtiger Punkt, über den wir auch gesprochen haben, ist die Katzenkastrationspflicht. Stellen Sie sich ein Katzenpaar vor, das zweimal pro Jahr Nachwuchs bekommt. Gehen wir davon aus, dass pro Wurf je drei Kätzchen überleben, dann hat dieses Pärchen in 10 Jahren für eine Nachkommenschaft von über 80 Millionen Katzen gesorgt!

Deshalb ist dieses Gesetz sehr sinnvoll und muss auch dementsprechend streng vollzogen werden!

Ich bin jetzt seit März 2015 in Köflach Gemeinderätin und immer noch erstaunt, wie viele unterschiedliche Themen, Sorgen und Nöte an mich herangetragen werden. Wenn auch Sie ein Anliegen haben, können Sie sich gerne unter 0680/22 095 77 an mich wenden!

Ihre Kerstin Sterf

**Notruf 0316/877 5102**

Helfen statt reden. **KPO** wirkt!  
Mit Rat und Tat!  
Graz, Landhaus  
Vor Anmeldung erbeten

# KPÖ-Bezirksheim: Hildegard-Burger-Haus



Im Rahmen einer Gedenkfeier erhielt am 15. Oktober 2016 das KPÖ Bezirksheim den Namen Hildegard-Burger-Haus. Eine Gedenktafel wurde am Haus angebracht, eine Broschüre über die hingerichtete Widerstandskämpferin ist bei der KPÖ kostenlos erhältlich.

## Die KPÖ Weststeiermark lud zum Sommerabschlussfest

Zahlreiche Gäste konnten die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der KPÖ Weststeiermark am 1. Oktober beim Sommerabschlussfest begrüßen.

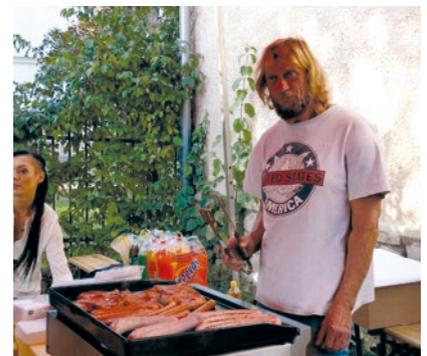
Die Gemeinderätinnen aus Voitsberg und Köflach, **Hilde Tragler** und **Kerstin Sterf** sowie Gemeinderat **Walter Weiss** aus Deutschlandsberg und KPÖ-LAbg.

**Claudia Klimt-Weithaler** feierten mit gut gelaunten Menschen bei Speis und Trank und hervorragendem musikalischem Programm.

**DRAWZZNIKK – die Voitsberger Band rund um Nina und Martin Traussnigg** – war für großartige Stimmung verantwortlich.

Auf ihre Kosten kamen

nicht nur die Erwachsenen, auch für die Kinder gab es jede Menge Spiel und Spaß. Kinderland-Bezirksobfrau **Romana Dorner** und ihr Team war mit Spielstationen vor Ort und sorgte dafür, dass die jungen Besucher und Besucherinnen mit der Sonne um die Wette strahlten!



# Hildegard-Burger-Haus in Voitsberg: Ehrung für Widerstandskämpferin

Hildegard Burger: Sie wollte Faschismus, Nationalsozialismus und Krieg nicht einfach hinnehmen und hat ihr Leben für ein freies Österreich hingegeben.

Hildegard Burger wurde am 6. November 1905 in Zeltweg geboren und wurde 38 Jahre später durch die deutschen Besatzer in Graz wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ hingerichtet.

Dem Todesurteil ist Folgendes zu entnehmen: „Hildegard Burger hat, obwohl bereits drei Mal wegen kommunistischer Betätigung beanstandet und festgenommen, trotzdem ihre Tätigkeit für die KPÖ wieder aufgenommen und sich hierdurch als fanatische und hartnäckige Kommunistin erwiesen.“

## Wer war diese „fanatische und hartnäckige“ Kommunistin?

Wer war Hildegard Burger? Geboren in Zeltweg absolvierte sie die Hauptschule und blieb bis zu ihrem 18. Lebensjahr bei ihren Eltern. Später lebte und arbeitete sie einige Jahre als Hausgehilfin in Wien, 1929 heiratete sie einen Eisenbahner und zog mit ihm nach Graz.

Burger wollte Nationalsozialismus, Faschismus und Krieg nicht einfach hinnehmen. Sie wollte dagegen ankämpfen und so enga-

gierte sie sich – wohl auch durch die marxistische Erziehung und Vorbildwirkung ihrer Eltern – im kommunistischen Widerstand. Schon in den 30er Jahren wurde sie in der Roten Hilfe aktiv. 1935, in der Zeit des Austrofaschismus wurde sie deshalb festgenommen und angeklagt, mangels eines Beweises aber freigesprochen.

## Widerstand gegen deutsche Besetzung

Bereits kurz nach der Besetzung Österreichs geriet Hildegard Burger bei den Nazis unter Verdacht, „Hochverrat am deutschen Volke“ begangen zu haben. Im Herbst 1939 musste sie über zwei Wochen in polizeilicher „Schutzhaft“ verbringen. Ihr wurde vorgeworfen, sich an einem Unternehmen von Grazer Kommunisten, die Waffen von einem Heerestransport gestohlen hatten, beteiligt zu haben. Eine Festnahme erfolgte aber noch nicht.

Hildegard Burger arbeitete mit Widerstandskämpfern wie Richard Zach, Elfriede und Josef Neuhold, Karl Drews und Franz Weiß zu-

sammen. Sie verteilte die Zeitung „Der rote Stoßtrupp“ und begann gemeinsam mit Albin Kaiser und Johann Jandl den Ausbau der KPÖ in Voitsberg. Was ihnen unter widrigsten Umständen auch gut gelang. Schließlich zählte die KPÖ zu dieser Zeit im Bezirk Voitsberg zwischen 170 und 180 Mitglieder.

Ab 1940 war Hildegard Burger Verbindungsfrau der KPÖ-Bezirksleitung in Voitsberg zur Landesleitung in Graz und spielte sowohl in der Zentrale, als auch im weststeirischen Industriegebiet eine maßgebliche Rolle.

Im Sommer 1941 wird Hildegard Burger von der Gestapo verhaftet. Nach Prozess und Verurteilung wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ am 20. Mai 1943 wird sie am 3. September 1943 hingerichtet.

Hildegard Burger war eine Kämpferin für Freiheit und Demokratie, gegen Faschismus und Krieg.

Frauen wie Hildegard Burger dürfen nicht vergessen werden. Deshalb wurde das KPÖ-Bezirksheim in Voitsberg am 15. Oktober 2016 nach ihr benannt und eine Gedenktafel angebracht.



Hildegard-Burger-Haus der KPÖ Weststeiermark, Voitsberg, C.v.Hötzendorfstraße 29.

## Hildegard Burger

1905 – 1943



Hildegard-Burger-Haus der KPÖ Weststeiermark

## WITH GOD ON OUR SIDE

Von Literaturnobelpreisträger Robert  
Zimmermann, bekannt als Bob Dylan



Mein Name tut nichts zur Sache.  
Mein Alter bedeutet weniger.  
Das Land aus dem ich komme,  
nennt man den mittleren Westen.  
Dort wurde ich erzogen  
die Gesetze zu befolgen.  
Und dass das Land in dem ich lebe  
Gott auf seiner Seite hat.

...  
Der Erste Weltkrieg, Jungs.  
Er kam und ging.  
Den Grund zum kämpfen  
habe ich nie verstanden.  
Aber ich lernte ihn zu akzeptieren.  
Ihn mit Stolz zu akzeptieren.  
Für dich zählen die Toten nicht,  
wenn Gott auf deiner Seite ist.

Als der Zweite Weltkrieg  
zu Ende ging,  
vergaben wir den Deutschen.  
Und wir waren Freunde.  
Obwohl sie sechs Millionen (Men-  
schen) ermordeten.  
In den Öfen haben sie gebraten.  
Die Deutschen haben jetzt auch  
Gott auf ihrer Seite.

Ich habe mein ganzes Leben  
gelernt die Russen zu hassen.  
Wenn ein Krieg kommt,  
müssen wir gegen sie kämpfen.  
Sie zu hassen und zu fürchten,  
zu laufen und zu verstecken.  
Und ich akzeptiere es tapfer  
mit Gott auf meiner Seite.

...  
Aber jetzt haben wir Waffen  
aus chemischem Staub.  
Wenn diese abgefeuert werden,  
dann sind wir gezwungen,  
diese abzufeuern, wir müssen.  
Ein Knopfdruck.  
Und ein globaler Schlag.  
Und du stellst keine Fragen,  
wenn Gott auf deiner Seite ist.

Übersetzung: songtexte.com

# Die Qual der Wahl



Präsidentenwahlen in Österreich und den USA.

Hier wie dort kommt keine richtige Freude auf. Es geht nicht mehr darum, von zwei guten Kandidaten den Besseren zu bestimmen, sondern nur noch darum, das größere Übel zu verhindern. Wohin geht unsere Demokratie, wenn nur noch wirtschaftliche Interessen im Vordergrund stehen?

## Wahlrecht: Allgemein, frei, gleich, geheim

Das freie und gleiche Wahlrecht ist eines der wichtigsten Menschenrechte. Es gibt jedem Menschen die Möglichkeit zu bestimmen, wer sein Leben bestimmt.

**I**n den vergangenen Wochen gab es mehrere Vorschläge, bestimmte Personengruppen von den Wahlen auszuschließen.

So forderte der Nationalratsabgeordnete Marcus Franz (Ex-Team Stronach) den Wahlauschluss von Mindestsicherungsbeziehern, da sie keine Steuern zahlen. Und die FPÖ fordert die Aberkennung des Wahlrechts für besachwaltete und behinderte Personen mit der Behauptung, dass es in Pflege- und Altersheimen zu Wahlbetrug gekommen sei. Bis heute konnte kein einziger solcher Fall nachgewiesen werden.

Rund 60.000 Menschen in Österreich sind besachwaltet. Früher hieß das „entmündigt“. Der FPÖ-Europaabgeordnete Harald Vilimsky behauptete, dass von diesen Personen „ein Gutteil im Extremfall nicht weiß, wie sie heißen und sie wissen nicht, dass demokratische Wahlen stattfinden“.

Eine ungeheure Unterstellung. Nur ein Bruchteil der Besachwalteteten steht so neben der Spur, wie Vilimsky behauptet.

Beschwaltet werden in Österreich nämlich keineswegs nur geis-

tig behinderte Menschen, sondern auch Spielsüchtige, Alkoholiker, Schlaganfallpatienten und andere Leute, denen die Kontrolle über ihr Leben zeitweilig entgleitet, die aber sehr wohl wissen, wer sie sind und was sie wollen.

Das Besachwaltungsrecht wird gerade reformiert, weil die meisten „Entmündigten“ nicht so „dumm“ sind, wie es diese Partei unterstellt.

Beim Hofer-Vorschlag, Schwerstbehinderte erst zu begutachten, bevor sie wählen dürfen, stellt sich die Frage, wie man „schwerstbehindert“ definiert und nach welchen Kriterien das begutachtet werden soll. Fallen auch Menschen wie Norbert Hofer selbst darunter, der ja bekanntlich erfolgreich um eine Berufsunfähigkeitspension angesucht hat, bevor er Präsidentschaftskandidat wurde?

Und: Wenn Behinderte ein Gutachten brauchen, um wählen zu dürfen, sollte man dann nicht auch alle anderen Menschen auf ihre Wahltauglichkeit untersuchen?

In Österreich kann fast ein

Viertel der Bevölkerung nicht sinnerfassend lesen. Sollen die trotzdem über komplizierte demokratische Prozesse abstimmen dürfen?

Wir sagen: Natürlich sollen sie! Jeder Staatsbürger / jede Staatsbürgerin, mit Ausnahme von Schwerverbrechern, die zu mehr als fünf Jahren Haft verurteilt wurden, hat in Österreich das Wahlrecht. Dieses Recht wurde hart erkämpft. Einst durfte nur der Adel – bzw. nur diejenigen, die Steuern zahlten – wählen. Mehr Steuergeld bedeute mehr Wahlrechte.

Dann kam das allgemeine Wahlrecht, nur für Männer. Erst die Revolution von 1918 brachte das allgemeine Wahlrecht – auch für die Frauen.

Der Wahlrechtsvorstoß der selbsternannten „sozialen Heimatpartei“, Behinderte nur nach einer Untersuchung durch einen Gutachter wählen zu lassen, ist an Menschenverachtung kaum zu überbieten!

Eine Partei, die das Wahlrecht einschränken will, will die Demokratie einschränken!

# Der ewige Kaiser

## Franz Joseph: Touristenmagnet mit Schattenseiten

Österreich hat einen ewigen Kaiser: Franz Joseph. Das Bild des gütig blickenden alten Herrn in der Hofburg wird zu seinem 100. Todestag am 21. November wieder einmal aufpoliert. Schließlich ist er ein Tourismusmagnet.

Das sich hinter diesem Bild ein autoritär regierender reaktionärer und im Privaten kaltherziger Monarch verbirgt, das erfährt man höchstens in wissenschaftlichen Fachpublikationen.

Aber schon das Bild, das vor unserem inneren Auge entsteht, wenn wir an Franz Joseph denken, ist nicht naturgewachsen. Es war und ist das Ergebnis der Arbeit von Werbefachleuten und von dem, was wir heute Spindoktoren nennen. Berichte über die Habsburger und Bilder des Kaisers durften nämlich nur erscheinen, wenn sie von höchster Stelle genehmigt worden waren. Und in den Jahren der Agonie des Habsburgerreiches vor dem ersten Weltkrieg sollte das Bild des alten Kaisers, dem nichts erspart blieb, den Zusammenhalt sichern. Was man später und in ganz anderen Zusammenhängen Personenkult nennen sollte, wurde rund um den angeblich gütigen alten Mann in der Hofburg und in Schönbrunn auf die Spitze getrieben.

Und es hat gewirkt; bis in republikanische Zeiten. Die TV-Verfilmung des Romans Radetzky-Marsch von Joseph Roth wurde im Jahr 1964 zum Skandal, weil der Kaiser darin im Nachthemd und als seniler alter Mann gezeichnet wurde. Nichts durfte und darf das Image stören. Schließlich lässt sich damit gutes Geld verdienen. Und die Schattenseiten des monarchistischen Systems können so verdrängt werden.

### Drakonische Mittel

Dieses Bild wurde seinerzeit mit drakonischen Mitteln durchgesetzt. Jede Kritik am Kaiser und am Herrscherhaus war verboten. Schließlich war der Herrscher in der gültigen Verfassung von 1867 jeder rechtlichen Verantwortung entzogen. Zum Ausdruck kam das im Artikel 1 des Staatsgrundgesetzes über die Ausübung der Regierungs- und Vollzugsgewalt mit den Worten: „Der Kaiser ist geheiligt, unverletzlich und unverantwortlich.“ Wer die dem Kaiser schuldige Ehrfurcht auf irgendeine Weise vorsätzlich verletzte, machte sich des Verbrechens der Majestätsbeleidigung, schuldig (§ 63 StG. Höchststrafe fünf Jahre schwerer Kerker). In der zeitgenössischen Literatur finden sich zahllose Belege dafür, wie exzessiv diese Bestimmungen ausgenutzt wurden.

Ein weiteres Vorrecht des Kaisers, das durch keine parlamentarische Hürde gehemmt wurde, war die Erklärung eines Krieges. Und es

war niemand anderer als Kaiser Franz Joseph, der durch seine Kriegserklärung an Serbien am 28. Juli 1914 den Mechanismus in Kraft setzte, der zum Weltkrieg mit seinen riesigen Menschenopfern führte. Der ORF sieht im Entschluss zum Krieg eine Mischung aus Kriegslust, politischem Leichtsinn, fatalen Fehleinschätzungen und konstruierten Fakten. Die Behauptung, dass Franz Joseph eigentlich nicht für den Krieg gewesen wäre, hat sich, wie Historiker nachgewiesen haben, als Legende herausgestellt. Der Kaiser war keine Operettenfigur, wie sie im „Weißen Rössl am Wolfgangsee“ auftaucht, sondern einer der Verantwortlichen für das erste große Völkergemetzel im 20. Jahrhundert.

### 80.000 Opfer

Und die Verordnungen, die den Ausnahmezustand begründeten,



Franz Joseph I, 1866

hat niemand anderer als Franz Josef im Juli/August 1914 unterzeichnet. Die schärfste Periode der Kriegsdiktatur fiel gerade in seine Regierungszeit und in seinem Namen wurden an die 80.000 Menschen durch oft hemmungslose Rechtsbeugungen zum Tode verurteilt, hingerichtet oder brutalen Repressalien ausgesetzt, wie der Historiker Hans Hautmann betont.

Das ist ihm vorzuwerfen. Dass sich bei ihm frömmelnder Katholizismus mit Doppelmoral in Fragen der Sexualität verbunden haben. Dass sein Image der persönlichen Bescheidenheit nicht mit dem ungeheuren Reichtum der Habsburger in Einklang zu bringen ist, das ist angesichts dessen weniger schwerwiegend. Es gab viele Gründe, warum es im Jahr 1918 zur Revolution gegen die Habsburger kam. Die dunkle Seite des alten Kaisers war einer davon.



Für Kaiser, Gott und Heimat: Die Henker des Kaisers mordeten nach Kriegsrecht. Den Reichsratsabgeordneten Battisti (links) ebenso wie der Spionage beschuldigte Bürgerinnen Österreichs.

# Brexit zeigt: Diese EU hat keine Zukunft

Am 23. Juni hat die Bevölkerung von Großbritannien den Austritt ihres Landes aus der EU beschlossen. Zuerst hat es darüber in Brüssel und in Wien große Aufregung gegeben. Jetzt macht man dort weiter, als wäre nichts geschehen.

Andere Krisen haben dieses wichtige Ereignis in den Hintergrund treten lassen. Man darf aber nicht vergessen: Diese Volksabstimmung hat gezeigt, dass die EU in ihrer heutigen Form keine Zukunft hat. Der Widerspruch zwischen den Plänen und Maßnahmen der Eliten und den Forderungen einer immer größer werdenden Mehrheit der Bevölkerung muss aufgehoben werden. Wenn das nicht geschieht, drohen sehr ungemütliche Zustände auf europäischer Ebene und auch in Österreich.

Von Walter Crane Gemeinfrei, <https://commons.wikimedia.org/>



Großbritannien stimmte gegen EU-Mitgliedschaft.

## Ein anderer Weg

Aufschwung, Arbeitsplätze, Frieden und Sicherheit: Mit diesen positiven Schlagworten hat man vor dem Beitritt Österreichs für die EU geworben. Das ist schon lange vorbei. Jetzt operiert man mit Furcht und Schrecken, um den Menschen einzureden, dass ohne die EU alles

### Sieg des Populismus?

Die EU erzeugt mit ihrer Politik Fremdenfeindlichkeit und stärkt politische Bewegungen, die aus dem Hass gegen andere Kapital schlagen. Jetzt zeigen die Mächtigen auf die britische Bevölkerung und sprechen von einem Sieg des Rechtspopulismus. Der große Gegensatz besteht aber nicht zwischen der EU-Spitze in Brüssel und den rechten Schreibern in den Mitgliedsstaaten. Die FP hat als Regierungspartei (2000–2006) schon bewiesen, dass sie alle Vorgaben der EU mitträgt.

Den Mächtigen sind solche Bewegungen lieber als linke Parteien und Regierungen, die die Herrschaft des großen Geldes ernsthaft in Frage stellen.

viel schlechter wäre. Noch vor einem Jahr hat diese Meinungsmache funktioniert: Griechenland wurde in die Knie gezwungen. Den Menschen wurde die Hoffnung auf ein Ende der Spardiktate ausgetrieben.

### Das große Aber

Die Abstimmung in Großbritannien zeigt die Möglichkeit eines anderen Weges auf.

Es gibt jedoch ein großes Aber: Die Menschen haben dort wegen des Sozialabbaus und wegen der Zerstö-

### 1,5 Milliarden für EU-Pensionisten

Die Pensionen der EU-Führungsspitze machten 2015 bereits 1,5 Milliarden Euro aus. Zu den Begünstigten zählen unter anderem die Kommissionsmitglieder, der EU-Ratspräsident, die Spitze des EU-Rechnungshofs und die Abgeordneten des EU-Parlaments.

Diese Personen haben ausgesorgt, während die Bevölkerung immer schwerere Lasten zu tragen hat. Quelle: Offizielle Zahlen der EU-Kommission

rung gewachsener Strukturen gegen die EU und ihre Regierung gestimmt. Ob eine Regierung der Reichen für die Reichen bei den Verhandlungen über den EU-Austritt auf die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung Rücksicht nehmen wird, ist sehr fraglich.

Die Banken und die Konzerne in Großbritannien und der EU werden einen Weg finden, um ihre Profite auch unter den neuen Bedingungen sicherzustellen.

In der kleiner werdenden EU geht der Prozess des Abbaus der Demokratie und der Militarisierung weiter. Damit will man die vielen Krisen, die in diesen Monaten sichtbar geworden sind – von der Migrationskrise bis zur neuen Bankenkrise – in den Griff bekommen. Die Bevölkerung soll dabei nicht mitreden dürfen.

Nach den „faulen Südländern“ und den „rückständigen Osteuropäern“ sind jetzt in der Öffentlichkeit auch die „undankbaren Briten“ Objekte einer Gräuelpropaganda.

## Entscheidende Frage

Damit lenkt man von der entscheidenden Frage ab: Die Europäische Union übernimmt viele Aufgaben, die auf nationalstaatlicher Ebene in den Mitgliedsstaaten auf demokratischem Wege nicht durchzusetzen wären. Privatisierungen und Deregulierungen haben weder vor Industriebetrieben, noch vor dem Bildungswesen, der Gesundheitsversorgung oder den sozialen Sicherungssystemen Halt gemacht. Die Vermögen Weniger sind rasant gestiegen, während die Kaufkraft der breiten Masse stagniert. Die EU selbst ist die Ursache vieler Probleme.

Diese Erkenntnis muss Folgen haben. Schimpfen genügt nicht. Es geht um Alternativen. Die Unterordnung unter die Vorgaben der EU muss ein Ende haben. Ein Europa des Friedens und der sozialen Sicherheit ist nur möglich, wenn wir die EU in ihrer heutigen Form überwinden. Fangen wir damit an – in Österreich.

Franz Stephan Parteder

# Die neuen Herrscher der Erde

## BlackRock: An fast allen Konzernen der Welt beteiligt

Man muss die Herrscher der Welt nicht unter den Personen suchen, die im politischen Rampenlicht stehen. Es ist die ökonomische Macht von Fonds und Beteiligungsgesellschaften, die vieles in unserer Gesellschaft lenkt. Der Ökonom Josef Falkinger zeigt das am Beispiel des Vermögensverwaltungsfonds BlackRock.

Die Fondsgesellschaft BlackRock ist ein Gigant: Sie ist an fast allen Konzernen der Welt beteiligt und verwaltet unfassbare 4.700 Milliarden Dollar. In den Vereinigten Staaten ist BlackRock der größte Anteilseigner von einem Fünftel aller börsennotierten Unternehmen. In Deutschland ist BlackRock der größte Anteilseigner von mehr als einem Drittel der 30 Dax-Konzerne. Die Liste reicht von Adidas, Allianz, BASF und Bayer und über die Deutsche Börse bis zu Siemens und Vonovia am Ende des Börsenalphabets... Der deutsche Chemiekonzern Bayer ist dabei, die US-Nahrungsmittelfirma Monsanto zu übernehmen. Durch die Übernahme Monsanto durch Bayer für 59 Milliarden Dollar entsteht der größte Agrarchemiekonzern der Welt. Was aber die wenigsten wissen: Bei beiden Firmen ist BlackRock Mehrheitseigentümer.

### Der Super-Kapitalist

Auch im Bankenbereich ist BlackRock dominant. BlackRock ist der größte Anteilseigner von vier der fünf größten amerikanischen Banken, und in Europa der größte Anteilseigner zum Beispiel der Deutschen Bank, der niederländischen ING Bank, der englischen HSBC, der spanischen Banco Bilbao, und der zweitgrößte Anteilseigner von BNP Paribas, Unicredit und Banco Sanpaolo.“ BlackRock ist aber nicht der einzige Vermögensverwaltungsfonds. Es gibt Vanguard mit 3.200 Milliarden Dollar verwaltetem Vermögen und Fidelity mit 2.000 Milliarden Dollar.

Fondsgesellschaften verwalten das Vermögen von vermögenden

Individuen, Familien, Stiftungen, aber auch von sogenannten institutionellen Investoren. Letztere sind Pensionsfonds, Versicherungen aber auch die großen Staatsfonds erdölexportierender Länder.

Das ist eine riesige Wirtschaftsmacht mit weitreichenden politischen Auswirkungen: Konzerne wie BlackRock können weltweit die Politik und Ökonomie bestimmen. Josef Falkinger: „Treffen sich die Vorstandsvorsitzenden der drei größten Fondsgesellschaften der Welt, brauchen sie nur noch einen

foto wikicommons - Americasroof



sehr kleinen Tisch reservieren.“

### Zentralisierung

Die Schlussfolgerung des Ökonomen: Seit den 1980er Jahren werden Finanzmärkte liberalisiert, der internationale Kapitalverkehr entgrenzt und staatliche Kontroll- und Steuerungsmechanismen systematisch zurückgedrängt. Immer ist das Hauptargument die Förderung der freien Konkurrenz und der Abbau staatlicher Monopole. Am Ende dieses Prozesses stehen private Monopole, die mächtiger sind als jeder Staat. Die öffentlichen

Banken der 1960er und 70er Jahre orientierten sich an den Erfordernissen der Gesamtwirtschaft und unterstanden der demokratischen Kontrolle durch die Öffentlichkeit. Die modernen Monopole hingegen orientieren sich ausschließlich am Profit. Ihr Geschäft ist die Umgehung der Kartellgesetze – und damit die Verschwörung gegen die Öffentlichkeit.

(Quelle: mosaikblog 2016)

Es muss nicht immer Pizza sein!



Rezept von  
Ulrike Pendl

### Einfache Dinkelkeks

Zutaten:

500g Dinkelvollkornmehl  
250g Butter  
200g Zucker  
4 Dotter  
1 Packerl Vanillezucker  
Zitronenschalenabrieb

Aus den Zutaten einen Mürbteig bereiten, eine Kugel formen, in Frischhaltefolie einwickeln und mindestens drei Stunden im Kühlschrank rasten lassen.

Anschließend Scheiben schneiden, diese zu Stangen rollen (ca. 2 cm dick).

Dann 3 - 4 mm dicke Stücke schneiden (funktioniert gut mit einer Teigkarte), Auf ein Backblechpapier legen und ca. 15 bis 20 Minuten backen (180 Grad)

Diese Kekse können auch in Schoko getunkt werden. In einer Blechdose aufbewahren!

### Kokos-Mohnbuserl

Aus dem Eiklar lassen sich köstliche Kokos-Mohn- oder Kürbiskernbuserl zubereiten.

Bei den Mohnbuserln ein Tipp: den Mohn kurz in etwas Orangensaft quellen lassen.

Eiklar mit 1 Prise Salz aufschlagen, 200g Kristallzucker einschlagen. Gewünschte Zutaten unterheben, kleine Häufchen auf ein Backpapier formen und bei 80 - 100 Grad Heißluft 45 Min. (je nach Größe) trocknen lassen!

## ZVP Zentralverband der Pensionisten

### AUSKUNFT UND INFORMATIONEN

Mo. bis Do. von 10 bis 12 Uhr  
Lagergasse 98a, 8020 Graz. E-Mail: zentralverband@kpoe-steiermark.at

☎ 0316/ 71 24 80 – Voranmeldung erbeten.

### Rat und Hilfe

für ältere Menschen bei Anträgen um Pflegegeld, Pension.  
– Ausfüllen von Formularen.  
– Erklärung zur Arbeitnehmerveranlagung (=Jahresausgleich).  
– Geselligkeit. Ausflüge, Reisen, Turnen.

# Ein bisschen weniger Schmerz

## Was tun bei chronischen Schmerzen?

Schmerzen zerstören Lebensqualität, Schmerzen zermürben. Spezielle Schmerzambulanzen bieten Hilfe an. Doch die Versorgung ist mangelhaft.



foto: lasscedesignen.torolia.com

**G**eschätzte 23.000 chronische Schmerzpatienten gibt es aktuell in der Steiermark. Derzeit können weniger als die Hälfte, nämlich lediglich rund 10.000, entsprechend versorgt werden. Das hat die Österreichische Schmerzgesellschaft (ÖSG) erhoben.

### Stadt soll helfen

In Graz gibt es Schmerzambulanzen im LKH Graz, im LKH Graz West, sowie im Krankenhaus der Elisabethinen (siehe Info-Spalte).

„Die Versorgungssituation für schwer betroffene Schmerzpatienten muss verbessert werden“, fordert KPÖ Gesundheitssprecherin **Elke Heinrichs**. Sie warnte im Gemeinderat vor weiteren Schließungen oder Einschränkungen von Schmerzambulanzen und regte stattdessen die Einrichtung einer multimodalen Tagesklinik zur Schmerzbehandlung an, wie es sie am Klinikum Klagenfurt bereits gibt. „Die Stadt Graz soll sich stark machen und die Einrichtung einer multimodalen Tagesklinik mit Nachdruck einfordern“, so Heinrichs.

### Medikamente allein reichen nicht

Aufgrund ihrer Initiative lud die Stadt Graz Anfang Mai zwei Experten ein, Herrn Univ.-Prof. Dr. Michael Herbert von der Anästhesiologie am LKH Graz und Herrn OA Dr. Wolfgang Jaksch, Präsident der ÖSG. Sie machten in ihren Ausführungen die Dringlichkeit des Anliegens immer wieder deutlich. „Pro 500.000 Einwohnern wäre

ein tagesklinisches Zentrum von Nöten“, führte Jaksch aus. „Die Patienten bedürfen einer dreistufigen Versorgung: Hausarzt – Facharzt – Ambulanz/Tagesklinik/einige Schmerzbetten. Nur so könnten auch die ständig steigenden volkswirtschaftlichen Kosten durch Frühpensionierungen, Burnout etc. hintan gehalten werden!“

Professor Herbert ergänzte: „Bei chronischen Schmerzen reicht es nicht, nur Medikamente zu verordnen. Unbedingt notwendig ist vielmehr ein umfassendes „bio-psycho-soziales Behandlungsmodell“

### Gute Erfahrungen

Im „Zentrum für interdisziplinäre Schmerztherapie“ in Klagenfurt wird genau dieses Konzept verfolgt. Die Erfahrungen sind laut ÖSG gut. Neben der medikamentösen Schmerzbehandlung kommen auch andere Methoden, wie z.B. Kraft-, Ausdauer- und Koordinationstraining, Entspannungstraining, Ernährungsberatung usw. zum Einsatz. Die Therapien werden auf das persönliche Krankheitsbild der

Patienten abgestimmt.

Beim Land Steiermark, das für die Steiermärkischen Krankenanstalten zuständig ist, verweist man derzeit noch darauf, dass die Steiermark in puncto Schmerzambulanzen österreichweit verhältnismäßig gut aufgestellt sei.

„Wer je über einen längeren Zeitraum ohne Hilfe Schmerz ertragen musste, kann eine solche Antwort nur als Zynismus verstehen“, sagt Heinrichs. Sie verspricht: „Wir werden in der Frage der Schmerzambulanzen nicht lockerlassen!“



KPÖ-Gesundheitssprecherin **Elke Heinrichs** setzt sich für eine bessere Schmerzversorgung ein.

## ANLAUFSTELLEN für Schmerzpatienten

**LKH Graz Klinikum**  
Klinische Abteilung für Spezielle Anästhesiologie, Schmerz- und Intensivmedizin  
Mo–Fr: 8.00–15.00 Uhr  
Terminvereinbarung:  
0316/385 14313

**Neurologische Schmerzambulanz**  
(speziell bei Kopfschmerzen)  
Mo–Fr: 8.00–13.30 Uhr  
Terminvereinbarung:  
0316/385 12426

**Schmerzambulanz der Univ. Zahnklinik, Mund- und Kieferheilkunde**  
Fr 16.00–17.00 Uhr  
Sa/So/Feiertage: 10.00–12.00 und 16.00–17.00 Uhr  
Tel.: 0316/385 80718

**Für Patienten mit Zahnschmerzen ohne Termin**  
Mo–Do 8.00–13.00 und  
Fr 8.00–11.00 Uhr  
Tel.: 0316/385 13280

**Zahnärztlicher Notdienst für Eltern**  
Telefonservice: 0316 / 81 81 11  
Notdienst der Zahnklinik:  
Tel. 0316/385 2248

**KH der Elisabethinen**  
Schmerzambulanz  
Mo–Do: 9.30–12.30 Uhr  
Terminvereinbarung:  
Tel. 0316/7063 4080

**LKH Graz Süd-West**  
Abteilung für Anästhesiologie und Intensivmedizin und Schmerzambulanz  
Für Hauspatienten (und Vereinbarung nach Zuweisung durch Hausärzte)  
Mo–Fr: 8.00–14.00 Uhr  
Tel. 0316/54 66 4281

**Klinikum Klagenfurt**  
Interdisziplinäre Schmerzambulanz  
Terminvereinbarung:  
Tel. 0463/538 23720

**VERANSTALTUNGEN  
im VolkshausGraz**

www.volkshaus-graz.at



Samstag, 12. November, 10 Uhr

*Sozialabbau in  
Österreich*

mit **Anne Rieger,**  
**Emmerich Talos,**  
**Gerald Oberansmayr**

Symposium mit der Alfred Klahr Gesellschaft im Volkshaus Graz

Über die seit drei Jahrzehnten sich vollziehende Verschlechterung der sozialen Standards der Lohnabhängigen.

Mi. 23.11. 19 Uhr

*Auf den Spuren der  
slowenischen Partisanen*

**Vortrag von Ernest Kaltenegger**

Die Alternative zum Jakobsweg: auf dem »Weg der Kuriere und Melder« (Pot kurirjev in vezistov) kann man 1000 Kilometer – vorbei an zahlreichen antifaschistischen Gedenkstätten – quer durch Slowenien wandern



Di. 06. 12. 19 Uhr

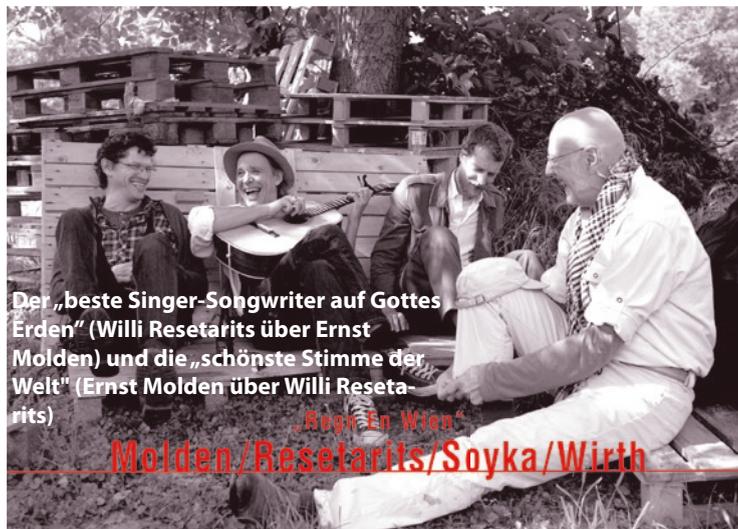
*»Vorwärts, und nie vergessen...«  
Streifzug durch die Geschichte des  
Arbeiterliedes*

**Vortrag von Ernest Kaltenegger**

Anhand von Hörbeispielen wird dieser spannende und gleichzeitig von den Eliten negierte Bereich der Kultur beleuchtet. Dabei kann man auch so manche Überraschung erleben...



Do 1. Dezember 2016 – 19.30 Uhr



Der „beste Singer-Songwriter auf Gottes Erden“ (Willi Resetarits über Ernst Molden) und die „schönste Stimme der Welt“ (Ernst Molden über Willi Resetarits)

**Molden/Resetarits/Soyka/Wirth**

VVK: Euro 24,- (erhältlich im Zentralkartenbüro) • AK: Euro 27,-  
Ermäßigte Karten (15 Euro) bei der KPÖ Graz, Tel. 0316 / 71 24 79

Sa., 02. Dezember 2016 – 20 Uhr



Die KJÖ lädt alle interessierten Musiker und Bands ein, denn Gründe für Protest und Protestsongs gibt es heute mehr als genug: TTIP und Konzernmacht, Rassismus oder niedrige Löhne, Umwelterstörung oder die immer weiter steigende Kluft zwischen Arm und Reich. Am 2. Dezember werden die provokantesten und originellsten Lieder im Grazer Volkshaus präsentiert.

Do. 08.12.2016 – 18:30 Uhr

**»Otoño de Tango«**



18:30-20:00  
Film »12 Tangos - Adios Buenos Aires« (bei freiem Eintritt)

21:00-23:15  
**Milonga**  
(Eintritt: 12 Euro)  
23:30-01:00  
DJ Stefan Körner

Fr. 16. Dezember 2016 – 19:30 Uhr



**Christian Masser und die Country Zombies**  
Blues- und Country-Musik. Mit Christian Masser (Gitarre und Gesang), Kurt Bauer (Geige) und Gerhard Steinrück (Kontrabass).  
Karten: € 14,- Abendkassa/€ 12,- Vorverkauf  
Tel. 0316/712479 und 0316/712959

**KPÖ  
BILDUNGSVEREIN**

<http://kpoe-bildungsverein.at/>

**PROGRAMM**

Alle Veranstaltungen, wenn nicht anders angegeben, im Volkshaus Graz, KPÖ-Bildungszentrum, Lagergasse 98a

Tel. 0316 / 71 29 59  
bildungsbildungsverein.kpoe-steiermark.at

Sonntag, 18. Dezember 2016, 17 Uhr



**Don Kosaken Morosoff  
präsentieren:**

*Die Legende von den  
Zwölf Räufern*

Traditionelle Lieder und Tänze der Don Kosaken.  
Volkshaus Graz, Lagergasse 98a, 8020 Graz  
AK: 16 Euro, VVK: 14 Euro  
Karten unter: 0650/4231788  
Eine Veranstaltung von Morosoff Kosaken, mit Unterstützung des KPÖ-Bildungsvereins.

**BIBLIOTHEK  
des KPÖ Bildungsvereins**

**im Volkshaus Graz**  
**Nach Vereinbarung für alle  
zugänglich**



Schwerpunkte sind Arbeiterbewegung, marxistische Klassiker sowie antifaschistischer Widerstand. Wir haben Bücher abzugeben.

Tel. Bernd Mugele 0664/736 46417  
<http://kpoe-bildungsverein.at>

# „Intelligente“ Stromzähler: KPÖ gegen Zwangsüberwachung

Ab Herbst 2017 soll die Mehrheit der steirischen Haushalte mit sogenannten „intelligenten Stromzählern“ ausgestattet sein. Das gab die Energie Steiermark im Juli bekannt.

Letztlich werden die steirischen Haushalte die Kosten für die „Smart Meter“ tragen, warnt KPÖ-Landtagsabgeordneter Werner Murgg. Diese belaufen sich auf mindestens 250 Millionen Euro.

## Verweigerung ist möglich

„Wer keinen Smart Meter möchte, kann ihn verweigern“, betont Murgg. Ein neuer Zähler wird allerdings laut EStAG dennoch installiert, aber wie bisher nur einmal jährlich abgelesen. Über diese Regelung könnte allerdings künftig Druck auf „Verweigerer“ ausgeübt werden, befürchtet die KPÖ. Etwa, wenn die

EStAG dazu übergeht, für das Ableasen eine Gebühr einzuheben.

## Problematische Zähler

Die „intelligenten Stromzähler“ sind aus vielen Gründen problematisch. Sie sind bei weitem nicht so umweltfreundlich, wie die Hersteller behaupten.

Haushalte werden „gläsern“, weil der genaue Stromverbrauch detaillierte Rückschlüsse über die Lebensgewohnheiten zulässt – etwa wann und wieviel gekocht, gewaschen oder der Fernseher oder Computer genutzt wird.

Die neuen Zähler verbrauchen – im Unterschied zum bisher eingesetzten Ferraris-Zähler – selbst Strom für den Eigenbetrieb und sind wartungsintensiver.

Die Umwelt leidet auch durch den Müllberg und den Rohstoffverbrauch, der durch den Austausch von



Foto: CC BY-SA 3.0, KVMJ

Der gute alte Stromzähler kann nur den Energieverbrauch zählen. Die neuen Smartmeter verraten unsere Lebensgewohnheiten.

über fünf Millionen Stromzählern in Österreich entsteht. Die „smarten“ Stromzähler haben eine deutlich kürzere Lebenszeit.

Da Smartmeter über das Internet abgelesen und gesteuert werden, droht auch Manipulationsgefahr, etwa durch Hackerangriffe.

facebook.com/junge.welt | twitter.com/jungewelt

# Sie lügen wie gedruckt. Wir drucken, wie sie lügen.

**Die Tageszeitung junge Welt**  
 SECHSGRÜNDET 1947 · FREITAG, 8. AUGUST 2016 · NR. 161 · 1,50 EURO (DE), 1,70 EURO (AT), 2,30 CHF (CH) · \*PST AMBO · ENTGELT BEZAHLT  
 www.jungewelt.de

**Achtung, fertig, los!**  
Kein olympischer Frieden in Rio de Janeiro. Spiele beginnen, begleitet von Protesten. Verarmteter fürchten Eklat bei Eröffnungsfeier.  
Von Peter Steinger

**Jetzt zwei Wochen gratis lesen**

**www.jungewelt.de/probeabo-oesterreich**  
Bestellungen auch unter: 00 49/30/53 63 55-50



Es sind die restriktiven Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen, die diese in kleine aggressive Konkurrenzmonster verwandeln. Unmenschlich gehalten, verhalten sie sich unmenschlich.

Franz Schandl, diepresse.com

**RAT UND HILFE IN WOHNUNGSFRAGEN**

**Mieterschutzverband Steiermark**

Sparbersbachgasse 61

Tel. 0316 / 38 48 30

Sprechstunden – Bitte um tel. Voranmeldung!

[www.mieterschutzverband.at](http://www.mieterschutzverband.at)

[www.euroexit-org](http://www.euroexit-org)

## Raus aus der EU!

SolidarstaAt statt EU-Konkurrenzregime!

[www.solidarwerkstatt.at](http://www.solidarwerkstatt.at)

Plakat, Aufkleber bitte bestellen bei: [www.solidarwerkstatt.at](http://www.solidarwerkstatt.at)

**DruckZeug**

Druckwerkstätte im Annenviertel

Wir suchen: **Ehemalige Setzer-/DruckerInnen, die ihr Wissen über Handsatz und Hochdruck weitergeben möchten**

Wir bieten: **Eine historische Druck-Werkstatt mitten in Graz für Interessierte und Kreative**

Mehr Infos über den Verein auf [www.druckzeug.at](http://www.druckzeug.at)  
 Kontakt: office@druckzeug.at  
 Tel.: 0899-12680414

WO: Buchdruckerei Bauer Annenstraße 19/ Holzgasse, 8020 Graz

**Die EU kommt uns zu teuer!**

Helfen statt reden! **KPÖ**

**STEIRISCHE Volksstimme**

**Impressum:** Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller und Verleger: Landtagsklub der KPÖ Steiermark, Herrngasse 16/3, 8010 Graz. Für den Inhalt verantwortlich: Andreas Fuchs. Verlags- und Herstellungsort: m-4, Graz. Tel. 0316 / 877-5102. Fax 0317 / 877-5108

E-Mail: [volksstimme@kpoe-graz.at](mailto:volksstimme@kpoe-graz.at) // DVR: 0600008

**Offenlegung:** Das Grazer Stadtblatt / die Steirische Volksstimme – Informationsblatt der KP Steiermark ist ein Regionalmedium und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen und tritt für eine Stärkung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.

## ZVP Zentralverband der Pensionisten

### SPRECH- STUNDEN

MO. bis DO. von  
10 bis 12 Uhr  
Lagergasse 98a, 8020 Graz

E-Mail: zentralverband@kpoe-  
steiermark.at

☎ 0316/ 71 24 80

Voranmeldung erbeten.

### Rat und Hilfe

für ältere Menschen  
bei Anträgen um  
Pflegegeld, Pension.  
Ausfüllen von  
Formularen.

Erklärung zur Arbeit-  
nehmerveranlagung  
(=Jahresausgleich).

Geselligkeit.  
Ausflüge, Reisen,  
Turnen.

Auskunft zu den  
Ortsgruppen:  
0316/ 71 24 80



### Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor,  
Leserbriefe gekürzt zu  
veröffentlichen

### Wohnbeihilfe und Gebührenbefreiung gestrichen!

Ich bin alleinerziehend und wohne mit meinen zwei Kindern in einer 58m<sup>2</sup>-Wohnung. Mein Sohn absolviert das 9. Schuljahr an einer weiterführenden Schule. Meine Tochter macht nächstes Jahr die Matura. Um ihr Taschengeld aufzubessern, arbeitet sie zusätzlich zur Schule noch jeden Samstag acht Stunden geringfügig in einem Bekleidungs-geschäft. Ich beziehe auf Grund meiner



## Tiere suchen ein Zuhause

Beim Landestierschutzverein warten Haustiere auf neue Besitzer;  
oder entlaufene Lieblinge auf ihre alten...

Folgende Tiere vermitteln die Tierheime des Landestierschutzvereins,

Graz, Grabenstraße 113, Tel. 0316 / 68 42 12 www.landestierschutzverein.at

Murtal, Murweg 3, 8723 Kobenz, Tel. 03512 / 49575

## TIERECKE



**Ako:** im Sept 2012 geborener, kastrierter Deutsch-Kurzhaar-Rüde der aus schlechter Haltung gerettet wurde. Ein zutraulicher und verschmuster Kerl, der einen hunderfahrenen Besitzer braucht. Ako geht brav an der Leine, ist gehorrig und wünscht sich ein Heim mit gut eingezäuntem Garten.



**Flappi:** Schäferfrüde, geb. März 2016. Ist aus beruflichen Gründen heimatlos geworden. Altersbedingt ist er ein aufgeweckter, verspielter Kerl, der gerne beschäftigt und gefördert wird. Flappi kennt und mag Kinder, nur Katzen duldet er nicht in seiner neuen Familie.



**Lucky:** kastrierter Jack-Russell-Rüde, der mehrmals sein Heim verloren hat. Anfangs Fremden gegenüber vorsichtig, beginnt erst langsam aufzutauen. Lucky ist intelligent, würde gerne auch geistig gefördert werden und wünscht sich ein Heim ohne Kinder und Katzen, da die ihn stressen.



**Boomer** ist ein zutraulicher, ca. 2-jähriger Kater, der manchmal seinen eigenen Kopf hat. Er ist gut mit anderen Katzen verträglich und ist gern das Zentrum des Geschehens.



**Leon** ist ein kastrierter Fundkater, der nicht vermisst wurde. Er ist leider noch schüchtern und sucht nicht die menschliche Nähe. Leon sehnt sich nach einem eigenen Heim, in dem er zur Ruhe kommen kann.



**Cloey** ist eine kastrierte Katzen-dame, die aus schlechter Haltung stammt. Sie ist im Jahr 2013 geboren, zutraulich und eher von ruhigem Gemüt. Cloey sucht einen Platz mit Freigang.



**Bounty und Phönix** sind zwei Unzertrennlische, deren Besitzer vor kurzem verstorben ist. Sie wünschen sich ein Heim mit möglichst viel Platz zum Herumfliegen und Erkunden.



**Lisa** ist eine ca. 7,5 jährige Meerschweinchen-dame, die in ihrem hohen Alter noch im Tierheim gelandet ist. Sie sucht ein artgerechtes Heim mit einem passenden Artgenossen, der ihr die letzten Lebensmonate noch versüßt!

## STEIRISCHE Volksstimme

Landhaus, Herrengasse 16, 8010 Graz,

Fax 0316/877 5108 oder E-Mail: volksstimme@kpoe-steiermark.at

*messenere Einkommensstaffelung? Wie soll ich so meinen Kindern erklären, dass Arbeit sich auszahlt?*

Martina D.

### Maklerunwesen trifft auch Käufer

*Ich habe mit Interesse ihren Beitrag über Erfahrungen mit Maklern gelesen. Dieselbe Situation wie für Mieter trifft auch für Käufer von Immobilien zu.*

Rechtlich in Ordnung ist folgender Sachverhalt: Ein Bauträger, nennen wir ihn Anton Meier Bau AG (Name und Rechtsform frei erfunden), errichtet ein Wohngebäude. Er beauftragt einen Makler, z.B. die Anton Meier Immo GmbH (Name und Rechtsform frei erfunden), die Wohnungen zu verkaufen. Weist der Makler in seinen Unterlagen einen Interessenten schriftlich darauf hin, dass er

*mit dem Bauträger ein „Naheverhältnis“ hat, genügt das, um legal als „Zwischenstück“ zwischen Bauträger und Käufer vom Käufer Provision zu fordern, ein nettes Zuckerl mehr für den Bauträger, das der Käufer bezahlt.*

Rechtlich ebenfalls in Ordnung ist das Auftreten als Doppelmakler. Sucht man eine Wohnung und findet ein interessantes Inserat, ruft an, ein Makler meldet sich, ein Besichtigungstermin wird vereinbart, so ist man schon „Auftraggeber“ des Maklers und er darf im Fall des Abschlusses Provision fordern, obwohl der Makler nicht gesucht, sondern der Interessent ihn gefunden hat.

Fazit: Es wäre an der Zeit, sich mit dem Makler(un)wesen auch von dieser Seite zu beschäftigen und die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu ändern.

DI Robert Steiner

*Krankheit Rehabilitationsgeld und möchte, wenn es gesundheitlich möglich ist, wieder in das Berufsleben einsteigen. Deswegen besuche ich eine Tagesstruktur und arbeite geringfügig vier Stunden in der Woche als Reinigungskraft. Nun wird uns aber wegen unserer geringfügigen Arbeit die komplette Wohnbeihilfe und die Rezeptgebührenbefreiung gestrichen, weil wir mit unserem Einkommen über dem Richtsatz sind. Von dem Geld aus unserer geringfügigen Arbeit bleibt fast nichts mehr übrig.*

*Warum gibt es keine sozial ange-*

Wohnen darf nicht arm machen

# Hände weg von der Wohnbeihilfe



Mit 1. September haben SPÖ und ÖVP die Wohnbeihilfe in der Steiermark abgeschafft. Sie wurde durch die viel schlechtere „Wohnunterstützung“ ersetzt.

**Mit der neuen Regelung werden sich viele Leute ihre Wohnung nicht mehr leisten können: arbeitende Menschen, Familien, Studierende, Pensionistinnen und Pensionisten.**

Nun werden Familienbeihilfe und Unterhaltszahlungen als Einkommen gewertet. Das ist ein sozialpolitischer Tabubruch. Erstmals wird Geld, das für die Kinder gedacht ist, für die Berechnung der Unterstützung herangezogen. Neu ist auch, dass niemand eine Wohnunterstützung bekommt, dessen Vermögen den Betrag von 4.189 Euro überschreitet. Viele Menschen haben einen Notgroschen angelegt, wer gespart hat wird nun bestraft. Das sind nur einige der neuen Verschlechterungen.

2009 hat das Land Steiermark noch 73,4 Millionen Euro für die Wohnbeihilfe ausgegeben. 2014 waren es nur noch 46,3 Millionen. 2011 wurde der Zuschuss für die Betriebskosten halbiert. Die neue Wohnungssicherung ist ein weiteres brutales Kürzungspaket auf dem Rücken der Menschen, die ohnehin mit wenig Geld auskommen müssen.

Wohnen ist ein Menschenrecht. Die Steiermark braucht Wohnungen, die sich die Menschen leisten können. Solange es keine billigen Wohnungen gibt, braucht es eine ausreichende Wohnbeihilfe.

## Wir fordern:

- **Rücknahme der „Wohnunterstützung“ und Rückkehr zur Wohnbeihilfe**
- **Keine Einberechnung der Familienbeihilfe ins Haushaltseinkommen**



Name	Adresse	Geburts-Datum	Datum der Unterstützung	Unterschrift

